

Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in München e.V.
Goethestraße 53, 80336 München, Tel. 123 900 96, Fax 123 921 88

Münchener Flüchtlingsrat

Jahresbericht 2011

Inhalt

1	Vorwort	3
2	Beratung und Zusammenarbeit der in der Flüchtlingsarbeit tätigen Einzelpersonen und Organisationen, Weiterbildung	4
2.1	Das MFR-Team	4
2.2	Ehrenamtliches Engagement in der Arbeit mit Flüchtlingen	4
2.3	Telefonische und persönliche Beratung	5
2.4	Vernetzung mit anderen Organisationen und Einrichtungen	6
2.5	Weiterbildung	7
2.5.1	Weiterbildung der MFR-MitarbeiterInnen	7
2.5.2	Unsere Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche	7
2.6	Gespräche mit Behörden und PolitikerInnen	8
	❖ Telefonische / briefliche Kontakte mit Behörden u. PolitikerInnen	9
2.7	Einladungen	10
3	Öffentlichkeitsarbeit und Stellungnahme zu flüchtlingspolitischen Fragen	11
3.1	Veranstaltungen - Übersicht	12
	❖ Unsere Ausstellungen auf Wanderschaft	17
	❖ Unterstützung von Veranstaltungen anderer Organisationen	17
	❖ Projekte von SchülerInnen, StudentInnen und WissenschaftlerInnen	17
	❖ „Die Perser“	17
3.2	Presse	18
	❖ Sonstiges	18
3.3	Weitere Aktivitäten	19
3.3.1	Asyl- und Ausländerrecht	19
	❖ (kein) Bleiberecht	19
	❖ Videoanhörungen	19
	❖ Der elektronische Aufenthaltstitel eAT	19
3.3.2	Lebensbedingungen / Asylbewerberleistungsgesetz	20
3.3.2.1	Unterkunft	20
	❖ St.-Veit-Str.	20
	❖ Endlich Auszugserlaubnis	20
	❖ Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE)	21
	❖ Flughafenunterkunft	21
3.3.3	Kinder und Jugendliche	22
	❖ „Die Guten ins Töpfchen“	22
	❖ Bildungs- und Teilhabepaket „BUT“	22
3.3.3.1	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge („UMF“)	23
	❖ Unterbringungssituation	23
	❖ Verbesserungsbemühungen	24
	❖ Altersfestsetzung	25
	❖ Bildung	25
	❖ Menschenhandel mit Minderjährigen	25
3.3.4	Frauen	25
3.3.5	Flüchtlinge mit Behinderungen	26
3.3.6	Familienzusammenführung	26

3.3.7	Fahrkarten	27
3.3.8	Roma-Flüchtlinge	27
3.3.9	Kurioses und Haarsträubendes	28
3.4	Abschiebehaft	28
3.5	Länder	30
3.6	Informationsmaterial	32
4.	save me Kampagne	33
	Resettlement / Relocation	33
	Patentarbeit	34
	Flüchtlingsarbeit	35
	Teilnahme der Projektleitung an Fortbildungen	36
	Öffentlichkeitsarbeit	36
	Presse	36
5.	Infobus für Flüchtlinge	37
5.1	Ressourcen	37
	a) Projektleitung	38
	b) Honorarkräfte	38
	c) Ehrenamtliche	38
	d) Der Bus	38
	e) Räumlichkeiten	38
5.2	Leistungen und Aktivitäten	38
	a) Sprechstunden	38
	b) Anzahl und Merkmale der Ratsuchenden	40
	c) Nationalitäten	41
	d) Beratungsinhalte	41
	e) Büroarbeiten	41
	f) Vernetzung	41
	g) Themenbezogene Arbeit	42
	h) Öffentlichkeitsarbeit	42
	i) Evaluierung und Fortbildungen	43
5.3	Ergebniseinschätzung und Nachhaltigkeit	43
5.4	Finanzierung	43
6	Kontakte zu anderen Organisationen	44
7	Finanzierung	45
8	Statistik	45
9	Ausblick	46

1 Vorwort

Dieser Rückblick auf das Jahr 2011 ruft die Themen in Erinnerung, die uns bewegt haben und berichtet über unsere vielfältigen Aktivitäten.

Der „Arabischer Frühling“ – der mit großen Hoffnungen auf mehr Demokratie und Freiheit begonnen hatte – führte leider auch dazu, dass viele Menschen fliehen mussten. Aufgenommen wurden sie fast ausschließlich in armen Nachbarstaaten. Im reichen Europa wurde mit der Not der Flüchtlinge wieder einmal Politik gemacht, Grenzen geschlossen und die Reisefreiheit in Frage gestellt. Den verzweifelten Bitten von UNHCR, wenigstens ein paar tausend Flüchtlinge über eine kurzfristige Resettlement-Aktion aufzunehmen, verschlossen sich unsere Regierungen. Ungerührt nahmen sie hin, dass über 1500 Flüchtlinge im Mittelmeer umkamen, die sich schließlich selbst auf den Weg in eine erhoffte Sicherheit gemacht hatten.

2011 war das „Europäische Jahr des Ehrenamts“. Den Sonntagsreden halten wir entgegen: Ehrenamtliche wollen, können und dürfen die professionelle Sozialbetreuung nicht ersetzen. Und: Ehrenamtliche wollen auch nicht nur ausbügeln, was die Politik nicht leistet oder gar verursacht, sie fordern auch strukturelle Veränderungen, die manche ihrer Einsätze überflüssig machen könnten.

Solche Änderungen zu erreichen ist mühsam, Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit müssen zäh und hartnäckig sein. Über all dem haben wir aber auch Zeit und Energie für Kreatives gefunden und uns mit dem Thema „WALLS – eingesperrt? ausgesperrt?“ an der Langen Nacht der Museen beteiligt.

Monika Steinhauser

2 Beratung und Zusammenarbeit der in der Flüchtlingsarbeit tätigen Einzelpersonen und Organisationen, Weiterbildung

2.1 Das MFR-Team

Im MFR-Büro arbeiteten, wie in den letzten Jahren, **Monika Steinhauser** als Geschäftsführerin mit einer halben bezahlten Stelle und die Ehrenamtlichen, **Katharina Gierer**, **Brigitte Jacobsen** und **Beata Miarecka**.

Dagmar Illi wandte sich nach 13 Jahren ehrenamtlicher Arbeit für den MFR im Frühjahr 2011 einer neuen beruflichen Herausforderung zu und musste in der Flüchtlingsarbeit leider zurückstecken. Wir danken ihr für die lange Zeit solidarischer Zusammenarbeit (... und geben die Hoffnung nicht auf, dass sie irgendwann wieder Zeit für unsere Arbeit finden wird ☺)!

Sarah Hergenröther war auch 2011 für das Projekt **save me** (s. Pkt. 4) zuständig.

Rebecca Kilian-Mason übernahm die Leitung des Projekts **Infobus für Flüchtlinge**, unterstützt durch Fatma Ali und das große Freiwilligenteam (s. Pkt. 5).

Wir wurden wieder von einsatzfreudigen PraktikantInnen unterstützt: Mit einem freiwilligen Praktikum waren **Veronika Erb**, **Lina Stöckl**, **Nabila Özen**, **Margret Gehrke**, **Ameli Schenk** und **Angelica Liddell** dabei. **Moritz Bauer** und **Valentine Knapp** machten bei uns ein Schulpraktikum.

Die Gruppe der Ehrenamtlichen, die 2010 die Ausstellung "auf gepackten Koffern" gestaltet und organisiert hatte, wagte sich 2011 mit dem Thema "WALLS – eingesperrt? ausgesperrt?" an die Lange Nacht der Museen. Dafür danken wir **Evelyn Heinel**, **Silke Noetzel**, **Christina Ramgraber**, **Regine Schuster**, **Isabell Schneider** und **Corina Simianer**.

2.2 Ehrenamtliches Engagement in der Arbeit mit Flüchtlingen

Ehrenamtliche bieten in den Gemeinschaftsunterkünften Kinder- und Hausaufgabenbetreuung, Deutschunterricht u.v.a.m. an. Sie kümmern sich um Einzelne, um Patenkinder oder um ganze Familien. Als SprachpartnerInnen unterstützen sie die Integrationen von Einzelpersonen. Beim Infobus erklären sie Neuankömmlingen das Asylverfahren und die Bedeutung der einzelnen Behörden, mit denen sie zu tun haben. Sie helfen Jugendlichen bei der Lehrstellensuche. Sie fangen die Flüchtlinge auf, wenn diese gerade wieder einmal vor einer Wand zu stehen glauben. Sie lernen dabei eine ganze Menge über die Verhältnisse anderswo, aber auch einiges über unsere eigene Gesellschaft und ihren Umgang mit Flüchtlingen.

Wir unterstützen die Ehrenamtlichen durch Einführungs- und Fortbildungsveranstaltungen und durch telefonische und persönliche Beratung im Büro. Das monatliche Plenum bietet eine Plattform für den Austausch von Erfahrungen und Ideen. Neuen InteressentInnen gibt es die Gelegenheit uns und unsere Arbeit kennen zu lernen. Die Einzelgespräche, in denen die jeweiligen Interessen der „Neuen“ abgefragt und mit der Nachfrage in Einklang gebracht werden, führte meistens Sarah Hergenröther.

Das **MFR-Sommerfest 2011** feierten wir wegen des eher nassen Wetters in der ehemaligen Galerie im Erdgeschoß der Goethestraße 53. Glücklicherweise fand sich für den Grill draußen ein trockenes Plätzchen und so mussten wir auf Fleisch und Gemüsespieße nicht verzichten.

Das **Plenum** fand 2011 jeden Monat statt. Das des städtischen Büros für Rückkehrhilfen, die Asylgruppe von amnesty international und das „Café 104“ waren regelmäßig vertreten. Ab Herbst nahmen auch LehrerInnen der neuen Flüchtlingsklassen der städtischen Berufsschule zur Berufsvorbereitung am Bogenhauser Kirchplatz „Boki“ teil.

Das **MFR-Protokoll** erhielten monatlich 391 Personen – mit wenigen Ausnahmen jetzt per E-Mail.

2.3 Telefonische und persönliche Beratung im MFR-Büro

Die Beratungsangebote des MFR-Büros werden von Flüchtlingen, ehrenamtlich Engagierten und vielen anderen Menschen genutzt, die privat oder beruflich mit einem Flüchtlingsschicksal konfrontiert sind wie z.B. MitarbeiterInnen von Krankenhaussozialdiensten und Frauenhäusern, TherapeutInnen usw. und natürlich auch MitarbeiterInnen anderer Stellen aus der Flüchtlingsarbeit in München.

JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen und SchülerInnen holen bei uns Informationen für ihre Arbeiten ein.

Wie schon 2010 war der Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen – vor allem aus Somalia – ein Beratungs- und Hilfe-Schwerpunkt. (s. dazu auch Pkt. 3.3.6).

Manchen Flüchtlingen halfen wir auch mit Geld für Sozialtickets, so dass sie an den Deutschkursen des Vereins Deutsch für Flüchtlinge e.V. teilnehmen konnten.

Wenn wir mit unserem Wissen an Grenzen stoßen, vermitteln wir natürlich auch an jeweils kompetentere Beratungsstellen wie z.B. die Asylberatung von Amnesty International, die „Rechtshilfe für AusländerInnen“ im EineWeltHaus, Café 104, den Verband binationaler Ehen und Familien, die Migrationsberatungsstelle des BRK und das städtische Büro für Rückkehr- und Integrationshilfen „Coming home“.

Z.B. ein Tag im Januar 2011

- *Frau H. hat wegen Geschäftsauflösung Geschirr und Gläser abzugeben. Wir schicken das Angebot über unseren E-Mail-Verteiler.*
- *Frau U.: ihr afghanischer Schützling, der bereits eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, möchte seine Freundin heiraten, deren Asylverfahren noch läuft. Da sind wir überfragt und empfehlen zur Rechtshilfe zu gehen.*
- *Interkulturelle Akademie der Diakonie Bayern: – das Seminar „Traumata bei Kindern und Jugendlichen“, zu dem wir uns angemeldet hatten ist ausgebucht, es wird aber einen neuen Termin geben.*
- *Herr A. aus Somalia, dem wir beim Nachzug von Frau und Kindern geholfen hatten: er versteht seinen ALG-II-Bescheid nicht. Wir vereinbaren einen Termin, er soll alle Unterlagen mitbringen.*
- *Im Büro: Frau S., eine Christin aus dem Irak, mit der wir schon seit Jahren in Kontakt sind. Sie steht wegen der Pflege ihres schwerstbehinderten Sohnes kurz vor dem Zusammenbruch. Ihr Antrag, ihn für 4 Wochen im Heim unterzubringen, damit sie auch einmal Urlaub machen kann, wurde abgelehnt. – Wir finden einen Ehrenamtlichen, der ihr beim Papierkrieg mit den Behörden helfen will.*
- *Im Büro: Abschlussbesprechung mit unseren PraktikantInnen vom „theoriebegleitenden Praktikum“.*

- *Herr T. berichtet über die Situation in der Baierbrunner Straße: dort leben u.a. 22 afghanische unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus Afghanistan. Einige müssen sich ihr Zimmer mit 9 anderen Jugendlichen teilen.*
- *Frau R., Schulsozialarbeiterin an einer Hauptschule: ein Schüler aus der Abschlussklasse, staatenloser Kurde aus Syrien, wird demnächst 18 und hat Angst, dass er dann abgeschoben wird. Wir beruhigen und raten Rechtshilfe aufzusuchen.*
- *Frau K.: Sie möchte mit einer Gruppe von Jugendlichen im Freiwilligen Sozialen Jahr zu uns kommen. Sie sollen sich über die Lebensbedingungen junger Flüchtlinge informieren – und könnten wir auch einen Besuch in einer Unterkunft organisieren? Machen wir.*
- *Frau N.: der Ehemann einer von ihr betreuten Äthiopierin hat die Niederlassungserlaubnis bekommen, sie selbst aber nicht – wie kann das sein? Sie soll mit allen Unterlagen vorbeikommen.*
- *Im Büro: Frau B. aus dem Iran. Sie lebt mit ihrer Tochter in München. Beide sind anerkannte Flüchtlinge. Nun hat auch der Ehemann die Flucht nach Deutschland geschafft, allerdings ist er in der Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf. Wir telefonieren mit Zirndorf und faxen dann die Heiratsurkunde dorthin. - Einige Tage später wurde der Ehemann nach München umverteilt und konnte dann den Antrag auf „private Wohnsitznahme“ bei Frau und Tochter stellen.*
- *Herr R.: Er interessiert sich für die ehrenamtliche Mitarbeit. Er wird zum nächsten Plenum kommen.*
- *Birke Siebenbürger, Projektleiterin des Projekts „Infobus für Flüchtlinge“, berichtet über den Umzug der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus der Baierbrunner Straße in die Bayernkaserne.*

2.4 Vernetzung mit anderen Organisationen und Einrichtungen

Wir nahmen regelmäßig an den Treffen folgender Arbeitskreise teil:

- AK UMF der bayerischen Wohlfahrtsverbände
- Ausschuss für Ausländer- und Zuwanderungsrecht, Diskriminierungsfragen, Migrations- und Flüchtlingspolitik des Ausländerbeirats
- Fachbasis Asyl
- Facharbeitskreis Interkulturelle Arbeit REGSAM Sendling
- Facharbeitskreis Migration REGSAM Mitte
- FöBE – Verbund zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement
- Hausbeirat des Internationalen Beratungszentrums
- Kuratorium der Caritas Akademie der Nation
- Migrationspolitische Runde der Grünen im Rathaus
- Plenum des Bayerischen Flüchtlingsrats
- Vollversammlungen des Ausländerbeirats

Insgesamt kamen monatlich 4 - 5 Vernetzungstermine zusammen – die Arbeitstreffen zur Vorbereitung der Ausstellungen nicht eingerechnet.

2.5 Weiterbildung

2.5.1 Weiterbildung der MFR-MitarbeiterInnen

- ❖ **Asyl-Seminar des Asyl-Arbeitskreises von Amnesty International München** (25. und 26. Juni). Diese wichtige Fortbildungsveranstaltung in Ohlstadt befasste sich 2011 mit folgenden Themen:
 - 50 Jahre amnesty international: ai-Positionen zu Flüchtlingsthemen
 - 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention – aktuelle und zukünftige Positionen im Flüchtlingsrecht
 - Entwicklungen zur Abschiebehaft
 - Die aktuelle Situation in Afghanistan
 - Die aktuelle Situation in Uganda
- ❖ **Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht:** 2011 unter dem Motto „**Gleichheit**“ – vom 28.-30. Jan.
- ❖ **„Rückkehrberatung für Flüchtlinge – Psychische Erkrankung, Traumatisierung und Interkulturalität.** (Veranst. LHM Coming Home), 22. – 24. März
- ❖ **„Traumata bei Kindern und Jugendlichen mit Flüchtlingshintergrund“** – 22. März
- ❖ **„Du sollst dir kein Bildnis machen“ - Studentag Flüchtlingsarbeit und Kirchenasyl** – 29. März in München, mit dem Schwerpunkt „Interkulturelles Lernen im Umgang mit Flüchtlingen“.
- ❖ **„Netzwerktreffen zur Bekämpfung von Menschenhandel mit Minderjährigen“** – 14./15. Juli
- ❖ **Länderkundeseminar Serbien** (Veranstalter LHM Coming Home) – 18. Okt.

2.5.2 Unsere Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit

Diese Veranstaltungen führen wir seit etlichen Jahren gemeinsam mit der IG (InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.) durch. Die von uns im Herbst 2010 entwickelten vier Bausteine für eine Grundlagen-Aus- und Fortbildung im Bereich ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit haben wir 2011 wegen der großen Nachfrage sowohl im Frühjahr als auch im Herbst durchgeführt.

Unsere Angebote im Jahr 2011 im Überblick:

22. Jan.	„Interkulturelles Training“
31. Jan.	„Praktische Arbeit mit Texten“
07. Feb.	„Asylgesuch und dann?“ (Ablauf des Asylverfahrens)
23. Feb.	„Mehrsprachige Kinder: Theorie und Reflexion für die Praxis“
26. März	„Sprachförderung für Kinder von 2 bis 8 Jahren“
11. April	„Asylgesuch und dann?“ (Ablauf des Asylverfahrens)
02. Mai	Aufenthalt? Ja! Aber welcher?“ (Was bedeuten die unterschiedlichen Aufenthaltstitel?)

7. Mai	„Konflikte konstruktiv lösen“ – Einführung in die Grundlagen der Gewaltfreien Kommunikation nach M. Rosenberg
9. Mai	„Essenspaket und Gemeinschaftsunterkunft oder doch Hartz IV?“ (Sozialleistungen für Flüchtlinge)
21. Mai	„Interkulturelles Training“
26. Sept.	„Asylgesuch und dann?“ (Ablauf des Asylverfahrens)
18. Okt.	Aufenthalt? Ja! Aber welcher?“ (Was bedeuten die unterschiedlichen Aufenthaltstitel?)
22. Okt.	„Lernen fördern und begleiten“
16. Nov.	„Essenspaket und Gemeinschaftsunterkunft oder doch Hartz IV?“ (Sozialleistungen für Flüchtlinge)
26. Nov.	„Interkulturelles Training“

2.6 Gespräche mit Behörden und PolitikerInnen

28. Jan.	Runder Tisch in der Bayernkaserne auf Einladung der Reg. v. Obb.
17. Feb.	Teilnahme an der konstituierenden Vollversammlung des Ausländerbeirats
18. Feb.	AK UMF der bayerischen Wohlfahrtsverbände in Nürnberg mit VertreterInnen des UNHCR
21. Feb.	Teilnahme an der Migrationspolitischen Runde der Rathaus-Fraktion von Bündnis90/Die Grünen zu aktuellen Themen in der Münchner Flüchtlingsarbeit
24. März.	Teilnahme an der ExpertInnen-Anhörung zu den Konsequenzen der EU-Rückführungsrichtlinie auf die Rückkehrpolitik in Bayern – im Bayerischen Landtag
5. April	Teilnahme an der Kuratoriumssitzung der Caritas-Akademie der Nationen – Schwerpunkt Integrationsbericht der LHM mit dem Leiter des Amtes für Wohnen und Migration, R. Stummvoll
08. April	Teilnahme am Fachgespräch „Demokratie in Sicht? Nordafrika in Bewegung – Anforderungen an eine EU-Menschenrechts- und Migrationspolitik“ im Bayerischen Landtag (Veranst. Bündnis 90 / Die Grünen)
14. April	Teilnahme an der Sitzung des BA 15 wegen Thema „Kinderbetreuung in der GU Karl-Schmid-Str.“
03. Mai	Teilnahme an der Vollversammlung des Ausländerbeirats
27. Juni	Teilnahme an der Migrationspolitischen Runde der Rathaus-Fraktion von Bündnis90/Die Grünen zu aktuellen Themen in der Münchner Flüchtlingsarbeit
07. Juli	AK UMF der bayerischen Wohlfahrtsverbände in der Bayernkaserne in München VertreterInnen des UNHCR
27. Juli	Teilnahme an der Informationsveranstaltung der Ausländerbehörde zum künftigen Elektronischen Aufenthaltstitel
03. Aug.	Gespräch in der Fraktion der SPD im Rathaus (Fachausschüsse Kinder- und Jugendhilfe und Soziales) zum Thema „Aktuelle Themen und Probleme in der Flüchtlingsarbeit“

08. Aug.	Gespräch mit Frau Ponnath, Leiterin der Abteilung interkulturelle Arbeit und Migration im Sozialreferat der LHM
26. Sept.	Vollversammlung des Ausländerbeirats
30. Sept.	Gespräch mit Sachgebietsleiter Herr Schelter Reg.v.Obb. und VertreterInnen des Bezirksausschuss 15 zur Situation der Kinder in der GU Karl-Schmid-Str.
04. Okt.	Teilnahme an der Diskussionsrunde beim Vortrag von Sozialreferentin Brigitte Meier „Flüchtlinge in München“ im Griechischen Haus
17. Okt.	Teilnahme am Fachgespräch „Verbotene Liebe: Ein Leben in Angst“ im Bayerischen Landtag (Veranstalter: Bündnis 90 / Die Grünen)
24. Okt.	Teilnahme an der Migrationspolitischen Runde der Rathaus-Fraktion von Bündnis90/Die Grünen zu aktuellen Themen in der Münchner Flüchtlingsarbeit
15. Nov.	Teilnahme an der Kuratoriumssitzung der Caritas-Akademie der Nationen – Schwerpunkt Rechtsextremismus: aktuelle Entwicklungen und Gegen-Initiativen
17. Nov.	AK UMF der bayerischen Wohlfahrtsverbände in Rosenheim mit Vertretern der dortigen Bundespolizei sowie der Rosenheimer Jugendämter (Stadt und Landkreis)
30. Nov.	Teilnahme an der Vollversammlung des Ausländerbeirats
05. Dez.	Teilnahme an der Migrationspolitischen Runde der Rathaus-Fraktion von Bündnis90/Die Grünen zu aktuellen Themen in der Münchner Flüchtlingsarbeit

Weitere Gesprächskontakte mit Behördenvertretern gab es im Rahmen der monatlichen Treffen der "Fachbasis Asyl" und der REGSAM-Facharbeitskreise Migration (Regsam Mitte) und Interkulturelle Arbeit (Sendling) bei denen der MFR regelmäßig vertreten war. Zwei dieser Treffen fanden 2011 in den Räumen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge statt. Dazu kamen noch "informelle Kontakte" bei verschiedenen Einladungen im Rathaus.

❖ **Telefonische und / oder schriftliche Kontakte mit Behörden und PolitikerInnen:**

Amt für Wohnen und Migration der LHM
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München
Agentur für Arbeit, München
Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund - AMIGRA
Bayerisches Innenministerium
Bayerisches Sozialministerium
Bezirksausschüsse
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Kreisverwaltungsreferat LHM
StadträtInnen, MdLs und MdBs
Regierung von Oberbayern, Sachgebiet Unterkunftsverwaltung
Rückkehr- und Integrationsberatungsstelle der LHM
Sozialbürgerhäusern
Stadtjugendamt
UNHCR Deutschland

2.7 Einladungen

(zu denen wir es geschafft haben...)

17. Jan.	Jahresempfang des Münchner Ausländerbeirats mit Preisverleihung „Münchner Lichtblicke“
03. Feb.	Jahresempfang der FDP München
21. März	Stehempfang anlässlich des Newroz-Festes 2010 im Großen Sitzungssaal des Rathauses
12. Okt.	Stehempfang für im Sozialbereich tätige Münchner Bürgerinnen und Bürger
08. Okt.	40 Jahre IG Initiativgruppe

3 Öffentlichkeitsarbeit und Stellungnahme zu flüchtlingspolitischen Fragen

Die „Lange Nacht der Museen“



WALLS - eingesperrt? ausgesperrt?

50 Jahre Mauerbau waren Anlass für uns und fünf Münchner KünstlerInnen, sich mit Mauern heute zu beschäftigen - sichtbaren wie unsichtbaren. Isabel Haase (Rauminstallation), Johannes Wende (Video-Essay), Magdalena Hutter (Videoinstallation) und Nanni Schiffli-Deiler/Anne-Isabelle Zils (Fotografie/Text) betrachteten das Thema in seiner ganzen Vielfalt und luden zum Entdecken, Erleben und Nachdenken ein. Die MFR-Mauer-Gruppe machte auf die Mauern aufmerksam, an die Flüchtlinge stoßen.

Im Ersten Stock zeigten wir den Pink Floyds Film „The Wall“.



Aus dem Gästebuch:

"Respekt, tolle Ausstellung, einfach reingestapelt und bewegt rausgegangen."

"Ganz tolle Arbeit und sehr bewegende Ausstellung!"

"Walls' - wonderful topic. Thank you!"

"Die Bilder der Flüchtlinge berühren! Unser Verständnis von Selbstverständlichkeit will überdacht werden!"



Unser Beitrag zur Langen Nacht der Museen war ein voller Erfolg! Wir hatten 760 BesucherInnen – und kannten nur 4 von ihnen. Unser Ziel, einmal ein ganz anderes Publikum an unsere Anliegen heranzuführen, haben wir also voll erreicht.



Unsere Mauer beim Umzug ins DGB-Haus →



3.1 Veranstaltungen – Übersicht

10. Jan	Vortrag für StudentInnen an der TUM , Lehrstuhl für Pädagogik, zu den gesetzlichen Grundlagen des Flüchtlingsschutzes und zur Lebenssituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in München.
17. Jan.	Infostand zum Thema „Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen aus Somalia“ beim Jahresempfang des Ausländerbeirats mit „Lichtblicke“-Preisverleihung.
18. Jan	Informationen zum Thema " Flüchtlinge in Deutschland " für TeilnehmerInnen der Deutschlehrer-Fortbildung des Goethe-Instituts – aus dem Libanon und Kolumbien.
23. Jan	Infostand bei der 5. Münchner Freiwilligenmesse im Gasteig
16. Feb.	Informationen zu den Lebensbedingungen junger Flüchtlinge für TeilnehmerInnen am Freiwilligen Sozialen Jahr.
17. März	Vortrag „Gestrandet in Bayern – wie ergeht es jugendlichen Asylbewerbern in München?“ über die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge bei der öffentlichen SPD-Ortsvereins -Versammlung Schwabing/Alte Heide
18. März	Vortrag zur Situation von Flüchtlingen in München für TeilnehmerInnen des Freiwilligendienstes WinD.
22. März	Kundgebung und Demo „ABOLISH - Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen“! – Wir unterstützen den bundesweiten Aktionstag für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.
Im April	Ausstellung unserer Poster zu Kinderflüchtlingen und eines Teils der Ausstellung „Auf gepackten Koffern“ im Kinderhaus Hachinger Bach
12. April	Führung durch die Ausstellung “save me – face me – welcome me” für StudentInnen des FH-Studiengangs Public-Management
15. April	Vortrag zu Asylverfahren, Aufenthaltstiteln und Lebensbedingungen von Flüchtlingen für StipendiatInnen der Heinrich-Böll-Stiftung.
20. April	Informationen zum Thema " Flüchtlinge in Deutschland " für TeilnehmerInnen der Deutschlehrer-Fortbildung des Goethe-Instituts – aus Ägypten, Brasilien, Uruguay und dem Libanon.
01. Mai	Infostand beim DGB-Mitmach- und Infomarkt. Motto dieses Jahr: „Gerecht geht anders“
05. Mai	Infostand beim „ Europaweiten Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung “ auf dem Marienplatz – gemeinsam mit Projekt Comin (Handicap International), Projekt Nachbarschaftshilfe, Siloah – Begegnung behinderter und nichtbehinderter Menschen, Ev. Jugend München – Soziale Rehabilitation und BFW Berufsförderungswerk Würzburg – Informationen über die Lebens-

	bedingungen von Flüchtlingen mit Behinderungen in München.
05. Mai	Diskussion im Anschluss an den Film „ Adrift: People of a Lesser God “ mit Regisseur Christian Mollard. Im ARRI-Kino
06. Mai	Rede bei der Eröffnung unserer Ausstellung „ Sinti und Roma – in Europa zuhause “ in Kaufbeuren
12. Mai	Fortbildung zu Aufenthaltstiteln für MitarbeiterInnen des Kath. Männerfürsorgevereins
21. Mai	Stand beim Flohmarkt auf dem Nikolaiplatz
21. Mai	Demo „Abschiebungen nach Syrien endlich stoppen“ - Veranstalter: Netzwerk Abschiebestopp Syrien. Der MFR war Unterstützer und Mitaufrufer.
26. Mai	Stand bei der Jugend-Maiandacht am Dombrunnen „ Maria auf der Flucht – Tausend andere auch “
04. Juni	Unterstützung der Kundgebung „ Die Revolution in Syrien – Friedlich – Für Freiheit und Würde! “
04. u. 05. Juni	Infostand beim „ Streetlife “ dieses Jahr mit gutem Wetter
09. Juni	Information über den MFR und ehrenamtliches Engagement sowie Vortrag zur Situation der Flüchtlinge in Bayern für SchülerInnen des Asam-Gymnasiums
12. Juli	Vortrag zu Asyl und Flüchtlingen für Pädagogik-StudentInnen an der LMU
16. Juli	Redebeitrag bei Syrien-Kundgebung
23. Juli	Flashmob/smartmob „save me – Flüchtlinge aufnehmen“ am Richard-Strauß-Brunnen
22. Juli	Sommerfest für alle Ehrenamtlichen des MFR im Innenhof der Goethestraße 53
25. Juli	SchülerInnen des Willi-Graf-Gymnasiums informieren sich über die Arbeit des MFR
10./11. Sept.	Infostand beim „ Streetlife “
25. Sept.	Beitrag zum Gottesdienst zur „Woche des ausländisches Mitbürgers“ in der Lukas-Kirche im Lehel – Thema: „Schutz der Familie für alle“
29. Sept.	Infostand bei der „ Infobörse für Frauen aus aller Welt “ im Alten Rathaus-Saal - mit MFR-Infostand
30. Sept.	Tag des Flüchtlings – Aktion für resettlement am Richard-Strauß-Brunnen / Kirche St. Michael
06. Okt.	Fortbildung für Ehrenamtliche der Malteser Migranten Medizin „Ausländerrecht und Asylrecht – allgemeine Betrachtungen, Entwicklungen, Systematik und Handlungsspielräume.“

11. Okt.	Eröffnung der Ausstellung „Typisch Zigeuner“ im SBH Plinganserstraße
11.10. – 17. Okt.	Ausstellung „Typisch Zigeuner“ und Begleitprogramm „Bildung – ein Menschenrecht?“ im Sozialbürgerhaus Plinganserstr. 150
11. Okt.	Diskussion im Anschluss an den Film "In This World" – Filmreihe „Aus der Fremde - in die Fremde?!“ des Jugendinformationszentrums und der IG-InitiativGruppe.
15. Okt.	Lange Nacht der Museen: „WALLS – Eingesperrt? Ausgesperrt?“
19. Okt.	Eröffnung der Ausstellung „Typisch Zigeuner“ im Gasteig
19. – 29. Okt.	Ausstellung „Typisch Zigeuner“ und Begleitprogramm „Bildung – ein Menschenrecht?“ im Gasteig 1. Stock, Glashaus
20. –28. Okt.	Ausstellung der „Mauer“ von der Langen Nacht der Museen im Erdgeschoss der Goethestr. 53
28. Okt. – 17. Nov.	Ausstellung der „Mauer“ von der Langen Nacht der Museen im Foyer des DGB-Hauses , Schwanthalerstraße 64
1.-30. Nov.	Ausstellung „Sinti und Roma – in Europa zuhause“ im EineWeltHaus , Schwanthalerstr. 80
08. Nov.	Teilnahme an der Vollversammlung des Bündnisses gegen Frauenhandel
09. Nov.	Film „Dui Roma“ – im Rahmen der Ausstellung „Sinti und Roma – in Europa zuhause“ im EineWeltHaus
09. Nov.	„Zeitzeugengespräch“ mit Hugo Höllenreiner – im Rahmen der Ausstellung „Sinti und Roma – in Europa zuhause“ im EineWeltHaus
10. Nov.	Fortbildung in Haus Debora zu Aufenthaltstiteln und sozialen Rechten von Flüchtlingen
19. Nov.	Eine Gruppe des Cusanuswerks informierte sich über die Arbeit des MFR
25. Nov.	Film „Jenseits“ von Orhan Sokoli – im Rahmen der Ausstellung „Sinti und Roma – in Europa zuhause“ EineWeltHaus
25. Nov.	Konzert des Adrian Gaspar Trio – Rahmen der Ausstellung „Sinti und Roma – in Europa zuhause“ im EineWeltHaus
26. Nov.	Demo „Gegen die Diktatur in Syrien! Für Demokratie und Menschenrechte! Das Abschiebeabkommen kündigen! Den Botschafter ausweisen! Veranstalter: Netzwerk Abschiebestopp Syrien. Der MFR war Unterstützer und Mitaufrufer.
12. Dez.	MitarbeiterInnen des Münchner Jugendinformationszentrums informieren sich über die Arbeit des MFR
20. Dez.	Punschverkauf in der Neuhauser Straße für die Finanzierung von Familienzusammenführungen

Auch 2011 warben wir, zusammen mit unseren aus dem vergangenen Jahr bewährten Partnerorganisationen madhouse gGmbH und Projekt Sinti und Roma der Diakonie Hasenberg, um die Aufmerksamkeit der MünchnerInnen für die Situation der Sinti und Roma.

Aus Mannheim holten wir die Ausstellung „**Typisch Zigeuner**“ und zeigten sie zuerst im Sozialbürgerhaus Plinganserstraße 150 und anschließend im Gasteig – jeweils mit Begleitprogramm zum Thema „Bildung – ein Menschenrecht?!“

AUSSTELLUNG

**Typisch „Zigeuner“?
Mythos und Wirklichkeiten**

Begleitprogramm:
Bildung - ein Menschenrecht?!

11.10. 17.10.2011 - SBH Plinganserstraße
19.10. 29.10.2011 - Gasteig 1 Stock Glashaus

Schirmherr: Ulrich Oberbürgermeister der City von München
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Alexander Diepold, Landsberger Straße 59, 80339 München

Logo: madhouse gGmbH
Logo: SINTI ROMA
Logo: MFR
Logo: Kulturförderung
Logo: Landratsamt mit
Logo: Mithras
Logo: Diakonie

Begleitprogramm „Bildung - ein Menschenrecht?!“

**1. Ausstellungsort Foyer SBH Plinganserstraße 150,
11.10. 17.10. 2011 (zu den bekannten Öffnungszeiten)**

11.10. 13.30 - 18.00 Uhr Eröffnung
14.00 Uhr Eröffnung durch die Veranstalter, Franz Magel,
und andere

Vorstellung der Studie zur aktuellen Bildungssituation
deutscher Sinti und Roma durch Daniel Strauß und
dem Landesverband Baden Württemberg
16.00 Führung durch die Ausstellung

12.10. 10.00 - 12.00, Vortrag Wilhelm Soims, Populäre Urteile
über „Zigeuner“
SBH-Intern (um Anmeldung unter Rudolf.Illas@Jobcenter-Ga.de
wird gebeten)

13.10. 11.00 - 13.00 Uhr Führung durch die Ausstellung
14.10. 11.00 - 13.00 Uhr Führung durch die Ausstellung

**2. Ausstellungsort Gasteig 19 - 29.10 1 Stock Glashaus
(Rosenheimer Strasse 5)**

19.10. 17.00-18.30 Eröffnung in der Ausstellung

19.10. 10.00-12.00 Veranstaltung zur Studie zur aktuellen
Bildungssituation deutscher Sinti und Roma mit
Daniel Strauß
(Raum E0131) (um Anmeldung wird gebeten)
13.30 - 16.30 Uhr Aufbruchstimmung: *Der Wert der Inneren
Motivation. Positive Auswirkungen. MediatorInnen aus der Volksgemeinschaft
stellen ihre Arbeit vor und diskutieren.* (Raum E0131)
(um Anmeldung wird gebeten)

21.10. 10.00 - 12.00 Uhr Führung durch die Ausstellung

24.10. 11.00 - 13.00 Uhr Führung durch die Ausstellung

25.10. 9.00 - 13.00: Typisch „Zigeuner“?,
Mythos und Wirklichkeiten - Ausstellungsführung
und Workshop, für Jugendliche und Schulklassen
(Raum E0131) (um Anmeldung wird gebeten)

25.10. 14.-17.00 *Identitätsworkshop für Angehörige der Volksgemeinschaft der
Sinti und Roma mit Fotografin und Bildredakteurin Dorit Weiss*
(um Anmeldung wird gebeten)

27.10. 18.00-20.00 Uhr Führung durch die Ausstellung

Zusätzliche Führungen z.B. für Schulklassen auf Anfrage möglich.

Anmeldung für die Veranstaltungen im Gasteig beim Projekt
Sinti und Roma unter:

Tel.089/452 078 47, Fax 089/452 078 49, Sinti@diakonie-hasenberg.de
Veranstalter:

Madhouse gGmbH München - www.madhouse-munich.com

Projekt Sinti und Roma Diakonie Hasenberg e. V. - www.diakonie-hasenberg.de
Münchner Flüchtlingsrat - www.muenchner-fluechtlingsrat.de

Unsere Ausstellung „Sinti und Roma – in Europa zuhause“ zeigten wir im November im EineWeltHaus – ebenfalls mit Begleitprogramm.

BEGLEITPROGRAMM

Dui Roma

Dokumentarfilm von Iovanca Gaspar
ÖE 2010, 20 min. – Eintritt frei

Im Anschluss an den Film findet ein Gespräch mit Hugo Höllenreiner statt.

Der Film „Dui Roma – zwei Lebenskünstler“ zeigt die Begegnung zwischen Adrian Gaspar und Hugo Höllenreiner. Hugo Höllenreiner, Sinto aus München, ist einer der Wenigen, der als Kind die Hölle von Auschwitz überlebte und darüber berichtet. Adrian Gaspar (der am 25. 11. mit seinem Jazz-Trio im EineWeltHaus gastiert) ist ein junger aufstrebender Musiker aus Wien. Beeindruckt vom Lebensweg Hugo Höllenreiners komponierte Gaspar ein symphonisches Werk, in dem die Erlebnisse in den faschistischen Lagerndargestellt werden. Der Film schildert die Begegnung zwischen den beiden und die Entstehung der Symphonie „Symphonia Romani – Bari Duk“.



Mittwoch, 9. 11. 2011, 19 Uhr

Adrian Gaspar Trio

Konzert
Eintritt 5 €



„Klänge, die vieles verbinden: das Grauen von Auschwitz, den Willen zum Überleben.“
aus einem Artikel in der SZ vom 6. 6. 2011

Die drei jungen Wiener Musiker beherrschen mit Bravour eine stilistische Fusion von Jazz-Standards, Eigenkomposition und Balkan-Jazz. Bass, Schlagzeug und glänzende Klavierkunst lassen ein Konzert der jungen Wiener zum Ohrschmaus werden, der das Publikum in seinen Bann zieht. Adrian Gaspar, der Kopf des Trios, entstammt einer rumänischen Roma-Familie und studiert Komposition an der Wiener Universität für Musik und darstellende Kunst.

Freitag, 25. 11. 2011, 20 Uhr

Ausstellung

Filme
Zeitzeugengespräch
Konzert



1.– 30. November 2011

Sinti und Roma – In Europa zu Hause

Eine Veranstaltungsreihe im EineWeltHaus München

Wie in den vergangenen Jahren gehörten wir auch 2011 wieder zu den Organisationen, die zum **Studententag Flüchtlingsarbeit und Kirchenasyl** einluden – der am 20. März turnusgemäß in München stattfand. Er stand dieses Jahr unter dem Motto „**Du sollst dir kein Bildnis machen**“. Schwerpunkte waren: Interkulturelles Lernen, Aktuelles im Flüchtlingsrecht und der Bericht zur Härtefallkommission.

Außerdem ist der MFR auch am „**Politischen Samstagsgebet**“ beteiligt, das einmal im Monat stattfindet.

❖ Unsere Ausstellungen auf Wanderschaft

„Klimafluch – Klimaflucht“ wurde gezeigt:

- 19./20. Jan. beim 4. Internationalen Asylsymposium in Bern (Veranstalter: Schweizerische Flüchtlingshilfe und UNHCR)
- 26. Feb. beim Energiewendetag in Mannheim
- im August Bildungszentrum Haus Brannenburg, Brannenburg

**„Sinti und Roma in Europa zuhause“
wurde gezeigt:**

- 03.03. - 23.03. Münster, "Alte Post" Veranstalter: Förderverein "Alte Post Berg Fidel e.V."
- 25.03. - 15.04. Münster, "Brücke", Veranstalter "Grenzfrei"
- 06.05. - 29.05. Kaufbeuren, Dreifaltigkeitskirche
- 31.08. - 09.09. Magdeburg, Anschrift: Café Europa/LKJ
- 12.09. - 07.10. Quedlinburg, Dachverein Reichenstraße
- 10. - 15.10. Salzwedel, Club Hanseat
- 17. - 23.10. Burg (Sachsen-Anhalt), Mehrgenerationenhaus Rolandmühle
- 01.- 30.11. Im EineWeltHaus München

❖ **Unterstützung von Veranstaltungen anderer Organisationen:**

- Aufruf zu **Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz** am 4./5. Feb. in München (Treffen prominenter Fluchtverursacher und Streubombenwerfer). Veranstalter: Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz
- **Unterschriftenkampagne gegen das AsylbLG von Campact.de**
- 3. Teil des „moralischen Triathlons“ von **Heinz Ratz**. Die „**Tour der 1000 Brücken**“ zugunsten von Flüchtlingen startete **am 6. Jan.** mit einem Auftaktabend und endete am 4. April mit dem Abschlussfest jeweils im Feierwerk, Hansastraße.

❖ **Projekte von SchülerInnen und StudentInnen**

SchülerInnen und StudentInnen suchten bei uns Input für Haus- oder Facharbeiten rund um das Thema Flüchtlinge.

❖ **WissenschaftlerInnen** aus Deutschland, Spanien, Polen und den USA holten sich bei uns Informationen zu Flüchtlingsthemen für ihre Arbeiten.

❖ Besonders freuten wir uns darüber, dass wir einige Flüchtlinge (mutige Frauen und Kinder) dafür gewinnen konnten, bei den Aufführungen „**Die Perser**“ der Münchner Kammerspiele mitzumachen. Die Vorstellungen fanden in einer Halle auf dem Gelände der ehemaligen Bayernkaserne statt – in unmittelbarer Nachbarschaft der Erstaufnahmeeinrichtung.

3.2 Presse

11. April	BR FS - Interview für die „Abendschau“ zu Flüchtlingen aus Tunesien und Libyen
14. April	Radio Lora - Interview zur Arbeit des MFR
17. Juni	Radio Top FM - Interview zum Weltflüchtlingstag
17. Juni	Radio M 94,5 - Interview zum Weltflüchtlingstag
12. Okt.	SZ – „Tiefes Misstrauen - Die Ausstellung 'Typisch Zigeuner' zeigt Klischees über Sinti und Roma – und erklärt ihr schwieriges Verhältnis zu Staat und Bildung“
Im Okt.	wissen.de – Interview für einen Beitrag zur Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
17. Nov.	Pressemeldung wg. Hungerstreik somalischer unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
18. Nov.	SZ – „Neun Flüchtlinge im Hungerstreik – Junge Somalier protestieren gegen unhaltbare Zustände“
21. Nov.	BR - Interview zum Hungerstreik somalischer unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
25. Nov.	Radio M 94,5 - Interview zu Situation von Roma-Flüchtlingen

❖ Sonstiges

Wir führten zahlreiche Telefongespräche mit JournalistInnen, um sie mit Hintergrundinformationen zu den unterschiedlichsten Themen zu versorgen, stellten Fotos für Zeitungsartikel zur Verfügung und vermittelten InterviewpartnerInnen. Mehrere Journalistik-StudentInnen machten im Rahmen ihrer Ausbildung Interviews zu verschiedenen Themen mit uns.

3.3 Weitere Aktivitäten

3.3.1 Asyl- und Ausländerrecht

❖ (Kein) Bleiberecht

Auch 2011 lebten noch 75.000 Menschen seit mehr als sechs Jahren lediglich „geduldet“ in Deutschland.

Sie alle blieben von den bisherigen Bleiberechtsregelungen ausgeschlossen – sie hatten den Stichtag „verpasst“, waren zu alt, zu jung, zu arm, zu krank. Wir unterstützten die Aktion von Pro Asyl für eine humane, großzügige Lösung im Vorfeld der Innenministerkonferenz im Dezember. Leider konnten sich die Minister bislang nicht zu einer Neuregelung durchringen.

Aus eigennützigen Gründen wurde dagegen mit § 25a AufenthG ein Bleiberecht für „wohlgeratene“ Kinder und Jugendliche geschaffen, das am 1. Juli 2011 in Kraft trat. (S. dazu Pkt. 3.3.3)

❖ Video-Anhörungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Auch in München wurden 2011 etliche Asylanhörungen per Video-Konferenz durchgeführt. Das Pro-Argument des Amtes: bessere Auslastung der AnhörerInnen. Diesem Prinzip wird das Grundrecht auf ein faires Asylverfahren geopfert. Die Rechtslage verlangt eine persönliche Anhörung – das ist bei diesem Verfahren nicht gegeben. Einem „Big-Brother“ auf einer Videowand in eine Kamera hinein zu antworten, kann kein Vertrauen schaffen. Der einzige Vorteil, den dieses Verfahren haben könnte, nämlich eine Aufzeichnung anhand derer später ggf. nochmals gecheckt werden könnte, wer was gesagt und was der Dolmetscher übersetzt hat, wird nicht genutzt. Die Anhörungen werden – so heißt es jedenfalls – nicht aufgezeichnet.

Lt. Bundesamt werden nur „unkomplizierte Standardfälle“ per Video angehört. Dass das Amt schon vor der Anhörung weiß, welcher Asylsuchende ein unkomplizierter Standardfall ist, scheint uns doch sehr bedenklich.

Wir diskutierten bei den Hohenheimer Ausländerrechtstagen mit einem Vertreter des Bundesamts und plädierten dringend für den Verzicht auf dieses Verfahren.

❖ Der elektronische Aufenthaltstitel eAT

Die neuen Plastikkärtchen, die den Personalausweisen ähneln, wurden zum 1.9.2011 für InhaberInnen einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis eingeführt. Sie werden zentral in Berlin hergestellt – was etliche Wochen dauert. Das führt dazu, dass noch mehr AusländerInnen über einen längeren Zeitraum mit einer „Fiktionsbescheinigung“ abgespeist werden und hohe Kosten auf sie zukommen: für eine Familie mit 4 Kindern bei der erstmaligen Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis mindestens 600 €

Anerkannte Flüchtlinge und ihre Familien sind von der Gebühr befreit. Für BezieherInnen öffentlicher Leistungen (AsylbLG, ALGII etc.) oder staatlicher Stipendien übernimmt der Steuerzahler die Kosten. Die Ausweise für EU-BürgerInnen und SchweizerInnen werden subventioniert und unter den Herstellungskosten abgegeben.

Die Einführung des eAT wurde mit „Fälschungssicherheit“ und „Identitätsicherheit“ begründet. Wir fürchten, dass nur der technische Aufwand bei Fälschungen größer und dadurch die Konzentration im Bereich der Organisierten Kriminalität gefördert wird.

Wir waren bei einer Einführungsveranstaltung im KVR und gaben die Informationen dann über unsere Verteiler weiter, um zu einem möglichst reibungsarmen Ablauf der Umstellung beizutragen.

3.3.2 Lebensbedingungen / Asylbewerberleistungsgesetz

2010 hatte die Bundesregierung zugegeben, dass die AsylbLG-Leistungen verfassungswidrig sind (in Analogie zum ALGII-Urteil des Bundesverfassungsgerichts). Doch die PolitikerInnen machten sich den alten Sponti-Spruch „legal – illegal – sch...“ zu eigen: die versprochene Neuregelung blieb während des ganzen Jahres 2011 aus.

3.3.2.1 Unterkunft

- ❖ Auch Ende 2011 war das letzte **Containerlager** (St.-Veit-Straße) noch in Betrieb.
- ❖ **Endlich Auszugserlaubnis für bestimmte Gruppen von Flüchtlingen**

Ein Jahr benötigte das bayerische Sozialministerium zur Umsetzung des Antrags der Regierungsfractionen vom Mai 2010. Man wollte „Auszugsgestattungen großzügiger erteilen, um den Abgang aus den Unterkünften zu intensivieren.“

- **Flüchtlingen mit einer Aufenthaltserlaubnis** mit der sie trotzdem noch unter AsylbLG fallen (§ 23 (1), § 24, § 25 (4) oder (4a) oder § 25 (5) AufenthG), wird der Auszug aus der GU erlaubt.
- **Familien und Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern** sollen nach Zustellung der Entscheidung des Bundesamts über ihren Asylantrag ausziehen dürfen,
- **alle anderen** vier Jahre nach diesem Bescheid.

Natürlich gelten auch die üblichen weiteren Voraussetzungen: keine Straftaten über 50 bzw. 90 Tagessätze, keine Täuschung über die Identität, keine erheblichen Verstöße gegen die Mitwirkungspflichten.

Offensichtlich hatte man aber doch große Angst, künftig weitgehend leerstehende Gemeinschaftsunterkünfte finanzieren zu müssen, *denn „der Auszug (durfte) nur gestattet werden, wenn zu erwarten ist, dass der Platz alsbald wieder belegt werden kann.“* Zudem wurden die Auszugserlaubnisse **kontingentiert**: insgesamt sollten nur 500 Personen ausziehen dürfen, davon 120 in Oberbayern.

Die Auszugserlaubnisse wurden für einen befristeten Zeitraum erteilt, innerhalb dessen eine Wohnung gefunden werden musste. Der Münchner Wohnungsmarkt erwies sich hier als stärkste Barriere. Nur wenige Auszugsberechtigte fanden eine Wohnung.

Die Befürchtungen der Staatsregierung haben sich nicht realisiert: steigende Flüchtlingszahlen sorgten dafür, dass die Regierungen gegen Ende des Jahres händeringend nach neuen Unterkünften suchten.

Trotz der Einschränkungen war die Neuregelung ein langersehnter Erfolg: die erste Brezche im bayerischen „Lagerzwang“ ist gebrochen.

❖ **Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE)**

Da nach dem Gerichtsbeschluss von 2010 die Zahl der Flüchtlinge in der Baierbrunner Straße beträchtlich reduziert werden musste, wurden Anfang 2011 neben Familien und Einzelpersonen auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Bayernkaserne im Münchner Norden verlegt. Die Küchen waren erst Ende Januar funktionsfähig, bis dahin kam das Essen von einem Catering-Service.

Nur als **katastrophal** kann die **Personalausstattung für die Sozialbetreuung** für die Familien und alleinstehenden Erwachsenen bezeichnet werden. Eine Mitarbeiterin der Inneren Mission musste sich mit einer halben Stelle um die zahlreichen Probleme der Neuankömmlinge kümmern. Diese bringen neben tausend Fragen zu ihrer neuen Lebenssituation auch viele schwerwiegende Probleme mit: viele sind traumatisiert, oft ist ein Teil der Kinder auf der Flucht verloren gegangen, einige Frauen sind hochschwanger, manche sind schwer krank oder durch Behinderungen beeinträchtigt.

Die Nutzung der Bayernkaserne war als Provisorium bis 1.7.2011 angekündigt worden. Niemand wunderte sich, als es im Mai hieß, die Kaserne würde bis mindestens Ende 2013 als Erstaufnahmeeinrichtung dienen.

❖ **Flughafenunterkunft**

Dieses Containerlager wurde speziell für das „Flughafenverfahren“ eingerichtet. Es gilt als exterritoriales Gebiet und die dort untergebrachten Asylsuchenden als „nicht eingereist“. Wer mit dem Flugzeug ankommt und zu verstehen gibt, dass er oder sie Asyl begehrt, wird zur Wache mitgenommen, verhört und dann in diese sehr schäbig ausgestattete Unterkunft gebracht. Die Reg.v.Obb. schickt dann einen Mitarbeiter, der das Verfahren erklärt und liefert die Essenspakete. Die Flüchtlinge dürfen die Unterkunft nicht verlassen - dafür sorgen die abgeschlossene Einzäunung und ein Wachmann. Der Flughafensozialdienst hilft mit Kleidung aus der Caritas-Kleiderkammer in Freising, wechselt nötigenfalls Euro für Telefonkarten. Wegen der geringen Zahl an FH-Verfahren sind die Asylsuchenden in der Unterkunft sehr einsam und isoliert. Bis auf die Besuche des Sozialdienstes haben sie keinen Ansprechpartner außer dem Wachmann, der kein Englisch spricht. Vor allem für alleinstehende Frauen ist die Situation unerträglich.

Angesichts der geringen Zahl der Verfahren und der Tatsache, dass zumindest in den letzten beiden Jahren alle Asylsuchenden schließlich doch einreisen durften, könnte man sich den Aufwand, der mit dem FH-Verfahren betrieben wird getrost sparen.

Behördlicher Missbrauch der Flughafenunterkunft als EAE-Außenstelle

Im Jahr 2011 wurden immer wieder Flüchtlinge, die nicht über den Flughafen eingereist sind, in den FH-Containern untergebracht, weil in den Erstaufnahmeeinrichtungen kein Platz war.

Für die Betroffenen bedeutete das

- erheblichen Stress: Warum werden wir zum Flughafen gebracht? Werden wir abgeschoben?
- defacto Freiheitsberaubung, denn sie dürfen die Unterkunft zwar verlassen, aber mangels Geld können sie es sich nicht leisten, mit der S-Bahn in die Stadt zu fahren.
- keine Sozialbetreuung – dem Flughafensozialdienst war die Betreuung der „Ausgelagerten“ ausdrücklich untersagt.

Die Legalität der Maßnahme erscheint uns zudem fraglich: wenn die Flughafenunterkunft „exterritoriales Gebiet“ ist, werden diese Flüchtlinge damit doch außer Landes gebracht – oder???

3.3.3 Kinder und Jugendliche

❖ „Die Guten ins Töpfchen“ zweiter Anlauf: § 25a AufenthG – das Bleiberecht für wohlgeratene Kinder

Angesichts weiter sinkender Geburtenraten gab es 2011 eine neue Bleiberechtsregelung für (voraussichtlich) „nützliche“ Flüchtlinge:

Junge Menschen im Alter von 15 – 20 Jahren mit Duldung können eine Aufenthaltserlaubnis erhalten wenn

- sie in Deutschland geboren wurden oder sich hier seit mindestens 6 Jahren aufhalten und
- seit mindestens 6 Jahren erfolgreich eine deutsche Schule besuchen oder einen anerkannten Schulabschluss geschafft haben.

Anders als bei der letzten Bleiberechtsregelung gibt es keinen Stichtag. Und anders als beim § 104b Aufenthaltserlaubnis aus der Bleiberechtsregelung können bei minderjährigen AntragstellerInnen **auch Eltern und minderjährige Geschwister** in Deutschland bleiben.

Natürlich gelten auch hier die üblichen Voraussetzungen: keine Straftat, die mit mehr als 50 Tagessätzen (bei ausländerrechtlichen Vergehen 90 Tagessätze) geahndet wurde, keine Identitätstäuschung, keine Mitwirkungsverweigerung hinsichtlich „zumutbarer Anforderungen an Beseitigung von Ausreisehindernissen“ und eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts. Solange sich der/die Jugendliche in Ausbildung befindet, schadet Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für den **eigenen** Lebensunterhalt nicht.

Einigen jungen Leuten wird diese neue Regelung zum Bleiberecht verhelfen.

❖ Bildungs- und Teilhabepaket „BuT“

Im April konnten wir berichten, dass Flüchtlingskinder, die bereits „sozialhilfeanaloge Leistungen“ nach § 2 AsylbLG beziehen, Anträge für das BuT-Paket stellen konnten. Im Sommer beschloss die LHM, dass auch die anderen Flüchtlingskinder von diesem Angebot profitieren sollten, nachdem die Bundesregierung den Kommunen dies erlaubt hatte.

Die **Staatsregierung** sah dies anders. Im August bestimmte sie: Leistungen aus dem Bildungspaket (zähneknirschend) ja – aber keine Leistungen aus dem „Teilhabepaket“. Denn Kinder, die noch kein Bleiberecht haben, sollen sich nicht integrieren.

Wir suchten Unterstützung bei der **Kinderkommission des Bayerischen Landtags**, die sich daraufhin an das Sozialministerium wandte.

In seiner Antwort bekannte sich das Ministerium zum Ausschluss der Flüchtlingskinder aus der deutschen Gesellschaft:

„Wegen des nur vorübergehenden Aufenthalts von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG können Leistungen, die der Teilhabe und Integration in die Gesellschaft dienen, z.B. Vereinsbeiträge, nicht gewährt werden.“

Kurz: Flüchtlingskinder müssen draußen bleiben – auch wenn der „vorübergehende Aufenthalt“ meist die ganze Kindheit umfasst.

Und selbst bei Leistungen aus dem Bildungspaket sei *„zunächst zu prüfen, ob im konkreten Einzelfall ein besonderes Bedürfnis, d.h. ein hervorgehobenes, existenzielles Bedürfnis des*

*Minderjährigen vorliegt. Ist lediglich ein Bedürfnis des täglichen Lebens gegeben, so führt dies zu keinem Leistungsanspruch auf der Grundlage des § 6 AsylbLG. Anschließend ist zu prüfen, ob die Leistung auch **geboten** ist. Es sind nur solche Leistungen von § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG erfasst, die objektiv für die Erfüllung des besonderen Bedürfnisses notwendig sind. Daher ist zu prüfen, ob die Leistungen bei objektiver Betrachtung zwingend notwendig sind oder ob auf diese Leistung ohne Unterschreitung des Existenzminimums verzichtet werden kann.“* (Hervorhebungen im Original).

Die Stadt München sah das glücklicherweise nicht so und bezahlte die Teilhabe-Leistungen für diese Kinder weiterhin freiwillig.

3.3.3.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge („UMF“)

❖ Unterbringungssituation

Die Verlegung der männlichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus der drangvollen Enge der Baierbrunner Straße in die Bayernkaserne bedeutete zunächst einmal ein Aufatmen hinsichtlich der räumlichen Situation. Doch die Zahl Zuflucht suchender Jugendlicher stieg auch 2011 weiter an. Im Mai warteten bereits 111, im Oktober schon 160 elternlose Minderjährige in der Kaserne auf die Entscheidungen über ihre Zukunft.

Auf der anderen Seite konnte das Stadtjugendamt trotz großer Anstrengungen (es wurden etliche neue Heime geschaffen) nicht genügend Plätze in Jugendhilfeeinrichtungen anbieten, um die Jugendlichen, bei denen ein „Hilfebedarf“ festgestellt wurde, aufzunehmen. Sie blieben daher oft über viele Monate – manche bis zu einem Jahr – in der Erstaufnahmeeinrichtung, wo sie die benötigte Hilfe nicht bekommen konnten. Sie fühlten sich dort allein gelassen und ausgebrems in ihrem Willen, nach Verfolgung und Flucht ein neues Leben zu beginnen, zu lernen und in die neue Gesellschaft hineinzuwachsen. Ihre Verzweiflung zeigte sich in zahlreichen Fällen von Selbstverletzung (z.B. „Ritzen“) und sogar Suizidversuchen. Immer wieder mussten Jugendliche in die Psychiatrie eingeliefert werden. Auch die Aggressionen unter den Jugendlichen nahmen zu. Manche suchten Trost im Alkohol.

Knapp ein Drittel der UMF sind psychisch so stark verletzt, dass sie schwere Psychopharmaka nehmen müssen. Auch die Psychotherapie-Plätze reichten bei weitem nicht aus.

Viele Jugendliche werden während des Wartens volljährig und können dann in jede beliebige Gemeinschaftsunterkunft verteilt werden. Außerhalb der Großstädte haben sie keine Chance, noch einen Schulabschluss und eine Ausbildung zu machen. Auch diese Perspektive wirkte sich natürlich negativ auf die Stimmung in der Bayernkaserne aus.

Angesichts dieser Verhältnisse konnten die wirklich unermüdlichen MitarbeiterInnen der Inneren Mission den Bedürfnissen der Jugendlichen nicht gerecht werden. Sie waren überwiegend mit Krisenmanagement beschäftigt und versuchten dazwischen trotzdem noch die „Clearing-Berichte“ zu schreiben, die die Grundlage für die Feststellung des Hilfebedarfs sind. Zeit für Zuwendung blieb da kaum.

Im November eskalierte die Situation – **neun somalische Jugendliche traten in den Hungerstreik**. Sie forderten Gespräche mit ihrem Vormund, Schutz vor Angriffen anderer Bewohner und die Verlegung aus der Kaserne. Da sie sich auch weigerten zu trinken, musste einige von ihnen in die Klinik eingewiesen werden.

Wir hatten mehrere Gespräche und Telefonate mit den Jugendlichen, informierten die Presse und Politiker in Stadtrat und Landtag und schrieben auch an die Leiterin des Stadtjugendamts.

Nach einem Gespräch mit Vertretern der beteiligten Behörden beendeten die Jugendlichen den Hungerstreik. Sie haben kleine Verbesserungen erreicht, die eigentlich selbstverständlich sein sollten:

- ihre Vormünder sollten im Laufe der folgenden Woche mit ihnen sprechen
- der Wachdienst sollte ein spezielles Auge auf die drei „Somalierzimmer“ haben
- wenn der Inhalt der Essenpakete nicht ausreicht, sollten sie von der Verwaltung zusätzlich Reis oder Nudeln bekommen können.

Selbst in dieser Krisensituation kamen die Vormünder der jungen Somalier nicht etwa in die Bayernkaserne geeilt, sie besuchten ihre Mündel auch nicht im Krankenhaus. Wir wissen, dass die Vormünder angesichts der großen Zahl ihrer Schutzbefohlenen überlastet sind, doch dafür haben wir kein Verständnis.

Die Behörden haben das Warnsignal nicht begriffen. Sie weigerten sich, die Verzweiflung der Jugendlichen anzuerkennen.

❖ **Verbesserungsbemühungen:**

- Die Bayernkaserne war ja als Zwischenlösung bis Juli 2012 angekündigt worden. Bis dahin sollte eine extra Erstaufnahmeeinrichtung für UMF in der Gmunder Straße gebaut sein (geplant waren Holzbaracken). Dieses Projekt wurde bald stillschweigend beerdigt und die Nutzung der Kaserne zunächst bis Ende 2013 verlängert.
- Das Stadtjugendamt akquirierte auch Jugendhilfeplätze außerhalb von München. Wenn die Jugendlichen sich weigerten, dorthin zu gehen, gab es Sanktionen: es wurde ihnen klargemacht, dass sie noch viele Monate in der Kaserne verbleiben müssen, oder es wurde ihnen gar jeglicher Hilfebedarf abgesprochen. Doch die Jugendlichen haben oft gute Gründe, einen außerhalb Münchens angebotenen Platz auszuschlagen: Oft haben sie hier Verwandte oder sie haben aufgrund des monatelangen Aufenthalts gelernt, sich hier zurechtzufinden, haben ein Netzwerk geschaffen und möchten nicht wieder aus allem herausgerissen werden. Oder es ist nicht klar, ob sie am neuen Ort eine Schule besuchen und die erforderliche Therapie bekommen können. Indem sie die Wünsche der Jugendlichen ignoriert und Verweigerung bestraft, verstößt die LHM, die sich doch stets stolz zu den Kinderrechten bekennt, gegen Art. 12 Abs. 1 der UN-Kinderrechtskonvention:

• **Artikel 12 Berücksichtigung des Kindeswillens**

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

- Eine Verteilung der UMF auch auf andere größere Städte in Bayern setzt u.E. voraus, dass dort die notwendige Infrastruktur (Schule, Therapie, Dolmetscher, Personal mit Kenntnissen im Ausländer- und Asylrecht) vorhanden ist und das Mitspracherecht der Jugendlichen ernst genommen wird.
- Dem Sozialdienst der Inneren Mission wurden am Jahresende drei zusätzliche Stellen versprochen. Das ist zu wenig, ist aber ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.
- Refugio wird 2012 den Minderjährigen mehr Therapieangebote machen können.

❖ Altersfestsetzung

Am 19. Mai stellte das Oberlandesgericht München fest, dass die MitarbeiterInnen der Regierung von Oberbayern nicht über die erforderliche medizinische Kompetenz verfügen, um das Alter des Jugendlichen mittels „Inaugenscheinnahme“ festzustellen. Zu einer Änderung führte das zunächst nicht. Nachdem auch andere Stellen (RichterInnen am Vormundschaftsgericht, pädagogische BetreuerInnen in Jugendhilfeeinrichtungen) zugaben, dass sie das Alter der jungen Flüchtlinge nicht mit hinreichender Sicherheit feststellen können und sich daher weigerten diese Aufgabe zu übernehmen, waren aus dem Sozialministerium Ende des Jahres Gerüchte zu vernehmen, man plane wieder auf das 1998 von Barbara Stamm untersagte Handwurzelröntgen zurückzugreifen. Auf „freiwilliger“ Basis natürlich.

Es wurde auch bekannt, dass eine Klinik in Rosenheim dies im Auftrag der Bundespolizei bereits praktiziert.

Da uns ggü. der Situation von 1998 keine einschlägigen Gesetzesänderungen bekannt sind, gehen wir davon aus, dass diese Untersuchungen nicht legal sind. Die beteiligten Ärzte verstößen darüber hinaus auch gegen ihre Berufsordnung.

❖ Menschenhandel mit Minderjährigen

Beim „Netzwerktreffen zur Bekämpfung von Menschenhandel mit Minderjährigen“ am 14./15. Juli beschäftigten wir uns mit diesem besonders widerwärtigen Teil Realität, dem nicht wenige junge Flüchtlinge auf dem Weg zu uns zum Opfer fallen. Es machte wütend und hinterließ auch ein Gefühl weitgehender Hilflosigkeit. Wir können uns nur bemühen, alle Stellen, die mit jungen Flüchtlingen zu tun haben, dafür zu sensibilisieren.

❖ Bildung

Hier gibt es Erfreulicheres zu berichten:

- Die LHM finanzierte auch 2011 Deutschkurse für die neu angekommenen jungen Flüchtlinge als freiwillige Leistung.
- Das Kultusministerium bekannte sich zur Berufsschulpflicht für Flüchtlinge. Als Konsequenz wurden zum Schuljahresbeginn im Sept. 2011 in einer Außenstelle der „**Berufsschule** zur Berufsvorbereitung am Bogenhauser Kirchplatz“ (Boki) 4 neue Klassen à 19 SchülerInnen **für junge Flüchtlinge** eingerichtet. 8 LehrerInnen erteilen täglich 6 Stunden Unterricht in Deutsch, Mathe, Ethik, Sozialkunde und Berufskunde. Die LehrerInnen freuten sich bald darüber, so hochmotivierten SchülerInnen unterrichten zu dürfen, und diese waren glücklich, dass eine Schule besuchen und für ein paar Stunden ihre die Probleme vergessen können. Die jungen Flüchtlinge können dort den Hauptschulabschluss machen - auch der Quali ist möglich.

Die Schulplätze reichen noch immer bei weitem nicht aus – doch ein Anfang ist gemacht.

3.3.4 Frauen

Zum „Internationalen Tag der Frau“ schreiben wir allen weiblichen Landtagsabgeordneten eine E-Mail. Wir wünschten uns darin **eine überparteiliche Initiative zur Verbesserung der Lage der Flüchtlingsfrauen in Bayern.**

Im Einzelnen:

- In den „Leitlinien zur Ausgestaltung der Unterbringung von nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Personen in Gemeinschaftsunterkünften“ die das Sozialministerium im April letzten Jahres vorgelegt hat, fehlt der Aspekt der Sicherheit von Frauen.
Der Satz *„Insbesondere Gesundheit und sittliches Empfinden der Bewohner sind hohe Güter, die der Fürsorge und des Respekts der staatlichen Stellen bedürfen.“* muss konkretisiert werden:
Gemeinschaftsunterkünfte dürfen nicht in abgelegenen Gewerbegebieten liegen, sie dürfen nicht in unmittelbarer Umgebung von Bordellen liegen (wie in München z. Zt. noch die GU Karl-Schmid-Straße).
Alleinstehende Frauen mit und ohne Kinder dürfen nicht im gleichen Trakt mit Männern untergebracht werden.
- Der „Antrag“ der Regierungsparteien vom Mai letzten Jahres zum erleichterten Auszug in Privatwohnungen muss endlich auch umgesetzt werden.
- Wir wünschen uns Deutschkurse von Anfang an, um den Frauen Sprache und Stimme zu geben.
- Wir wünschen uns die Abschaffung des Sachleistungsprinzips im Asylbewerberleistungsgesetz, damit die Frauen kochen können, was ihnen und ihrer Familie schmeckt (Liebe geht durch den Magen...) und durch den täglichen Einkauf Kontakt zur deutschen Umwelt bekommen.

Leider erhielten wir nicht eine einzige Antwort!

Am 8. Nov. brachten wir die Situation der Flüchtlingsfrauen in die Vollversammlung des Bundesnisses gegen Frauenhandel ein.

Die Reg. v. Obb. unternahm im Jahr 2011 keine Schritte, die Sicherheit der Frauen in den Unterkünften und spezielle in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbessern.

3.3.5 Flüchtlinge mit Behinderungen

Beim „Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai informierten wir auch 2011 wieder die MünchnerInnen auf dem Marienplatz über die Lebensbedingungen von Flüchtlingen mit Behinderungen. Sie leiden unter doppelter Diskriminierung. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind für ihre Unterbringung nicht geeignet – auch wenn die eine oder andere ebenerdig zu erreichen ist. Wegen der eingeschränkten medizinischen Versorgung unter dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten sie keine „Eingliederungshilfen“. Wenn sie aufgrund der Behinderung nicht oder nur eingeschränkt arbeitsfähig sind, können sie von den Bleiberechtsregelungen nicht profitieren.

3.3.6 Familienzusammenführung

Dank einer großzügigen Zuwendung der Leonore-Möller-Stiftung und etlicher privater Spender konnten wir 2012 einigen Flüchtlingen aus Somalia, die hier ihre Asylanererkennung erhalten hatten, dabei helfen, ihre engsten Angehörigen nach Deutschland nachzuholen. Das ist ein ziem-

lich langwieriger Prozess. Die Angehörigen, meist ein Elternteil mit den Kindern, aber beispielsweise auch die Mutter eines 15jährigen Mädchens, müssen sich erst einmal heil nach Nairobi durchschlagen. Dort müssen sie sich bei der Deutschen Botschaft um einen Termin bemühen. Das geht nur über eine Online-Anmeldung. Die Termine sind immer blitzschnell ausgebucht. Da somalische Papiere nicht anerkannt werden, muss die Verwandtschaft durch teure DNA-Tests nachgewiesen werden.

Über Wochen ging gar nichts voran, weil an der Botschaft kein Arzt mehr zur Verfügung stand, der die Speichelproben nehmen könnte.

Die deutsche Botschaft in Nairobi ist inzwischen total überlastet. Das führte in einem Fall zu einer Verzögerung der Familienzusammenführung um unnötige zusätzliche vier Monate, weil die „Befreiung von der Passpflicht“ verschlampt worden war.

Wegen der Zustände in Nairobi hatten wir Außenminister Westerwelle angeschrieben und Abhilfe gefordert – u.a. indem weitere deutsche Botschaften Familiennachzüge zu somalischen Flüchtlingen annehmen und bearbeiten. Das Auswärtige Amt antwortete, man prüfe derzeit, ob neben der Botschaft Nairobi noch andere Auslandsvertretungen in der Region für die Entgegennahme und Bearbeitung von Visumsanträgen somalischer Antragsteller in Betracht kommen. Bis Redaktionsschluss im Sommer 2012 war diese Prüfung noch nicht zu einem positiven Abschluss gekommen.

3.3.7 Fahrkarten

Unser kleiner „Fahrkartentopf“ ermöglichte auch 2011 wieder einer Reihe von Flüchtlingen die Deutschkurse von „Deutsch für Flüchtlinge e.V.“ im EineWeltHaus zu besuchen, ohne schwarzfahren zu müssen. Getreu dem Motto „Nie mehr sprachlos bei der Fahrkartenkontrolle“!

3.3.8 Roma-Flüchtlinge

Dem starken Anstieg von Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien (fast ausschließlich Roma) versuchten Politik und Behörden mit verschiedenen Methoden entgegenzuwirken: Den Herkunftsstaaten wurde die Abschaffung der Visafreiheit angedroht, wenn sie ihre (armen) StaatsbürgerInnen nicht davon abhalten, in die EU zu reisen und dort einen Asylantrag zu stellen.

Die Asylverfahren wurden vom Bundesamt vorgezogen und sehr schnell „abgewickelt“. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug für Flüchtlinge aus Serbien 2,8 Monate (Mazedonien 3,3) im Vergleich zu z.B. 7,5 Monaten bei Flüchtlingen aus dem Iran. Man verwehrte sich immer noch der Einsicht, dass die Diskriminierungen unter denen Roma in diesen Ländern leiden, an Intensität und Häufigkeit in vielen Fällen ein Niveau erreichen, bei dem von politischer Verfolgung gesprochen werden muss.

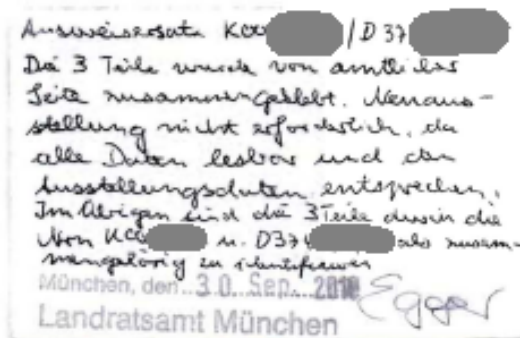
Die Rückkehrhilfen wurden „insbesondere für Staatsangehörige aus Mazedonien, Montenegro, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Albanien“ abgeschafft. Innenminister Herrmann wollte, dass nicht einmal mehr die Rückfahrkarte bezahlt wird. Die LHM hat die Busfahrkarten bei erwiesener Mittellosigkeit weiterhin finanziert.

Mit den Ausstellungen „Typisch Zigeuner“ im Sozialbürgerhaus Plinganserstraße und im Gasteig sowie „Sinti und Roma – in Europa zuhause“ im EineWeltHaus haben wir (zusammen mit unseren Partnern aus der Münchner Sinti- und Roma-Arbeit Madhouse gGmbH und Diakonie Ha-

senberg) auch 2011 versucht, durch Information gegen Vorurteile und für Verständnis zu wirken.

3.3.9 Kurioses und Haarsträubendes

- Kreative Behörden: Nachdem wir vor einigen Jahren über die „Schweinvaterschaften“ zuerst einmal lachten, entdeckten wir 2011 in einem Artikel ein neues Wort: „Reiseschwund“. Wir fragten beim BAMF nach und erfuhren: unter „Reiseschwund“ werden Flüchtlinge erfasst, die nach der ersten Vorsprache nicht bei der zugewiesenen Erstaufnahmeeinrichtung ankamen. Das waren 2010 immerhin 6,1 % von 42.260 EASY-Verteilungen (EASY = Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer). Jetzt interessierten wir uns natürlich besonders, ob auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge „schwinden“. Wir wurden belehrt, dass man diese nicht gesondert erfasse – obwohl das Bundesamt für diese besonders schutzbedürftige Gruppe auch eine besondere Verantwortung trägt. Den größten „Schwund“ gab es bei Vietnamesen.
- Nachdem Gaddafi in Ungnade gefallen war, fanden sich in den Münchner Zeitungen plötzlich viele Berichte über den großzügigen Umgang von Ausländerbehörden und Polizei mit den Straftaten seines in München studierenden Sprösslings. Wir fordern für unsere Flüchtlinge ja gar nicht, dass der Polizeipräsident sie zum Essen einlädt – aber ein bisschen mehr Großzügigkeit täte hier auch gut. Und weniger Kontrollen aufgrund von Hautfarbe...
- Die Ausländerbehörde des Landkreises München verweigerte einem vom Bundesamt als Flüchtling anerkannten jungen Iraker die Ausstellung eines Flüchtlingspasses, weil sie – im Gegensatz zum BAMF, Zweifel an seiner Identität hegte. Die Aufenthaltserlaubnis wurde auf einem Ausweisersatz bestätigt. Dieses Papier war irgendwann so zerfleddert, dass die Polizei den jungen Mann zur Ausländerbehörde schickte, damit sie ihm ein neues Dokument ausstellen möge. Dort wollte man sich diese Mühe nicht machen, stattdessen klammerte die Sachbearbeiterin ihre Visitenkarte, mit folgendem Vermerk auf der Rückseite, an das zusammengeklebte Papier:



3.4 Abschiebehäft

- Die **EU-Rückführungsrichtlinie** verbietet die gemeinsame Unterbringung von Abschiebehäftlingen und Straftätern. Es ist auch nicht mehr zulässig, Abschiebehäftlinge den gleichen Restriktionen wie Straftäter zu unterwerfen. Die Abschiebehäft in Bayern ist damit seit 24.12.2010 gesetzwidrig.

Am 26. November 2011 trat das entsprechende deutsche Richtlinienumsetzungsgesetz in Kraft. Es missachtet leider Teile der Richtlinie.

Z.B. heißt es dort hinsichtlich der Haftbedingungen in Artikel 16 Abs. 1:

„Die Inhaftierung erfolgt grundsätzlich in speziellen Hafteinrichtungen. Sind in einem Mitgliedstaat solche speziellen Hafteinrichtungen nicht vorhanden und muss die Unterbringung in gewöhnlichen Haftanstalten erfolgen, so werden in Haft genommene Drittstaatsangehörige gesondert von den gewöhnlichen Strafgefangenen untergebracht.“

Hier versucht man sich hierzulande herumzumogeln indem man aus dem EU-Mitgliedstaat das Bundesland machen will. Auch weitere vorgesehene Verbesserungen werden ignoriert. So ist in der RL z.B. ein Monitoring ausländerrechtlicher Zwangsmaßnahmen (also Abschiebung inkl. Abschiebehäft) vorgesehen.

Für die männlichen Abschiebehäftlinge in der JVA Stadelheim, die seit einigen Jahren in einer extra Abteilung eingesperrt sind, gab es schließlich kleine Verbesserungen: statt 1 Std. dürfen Abschiebehäftlinge jetzt 4 Std. Besuch pro Monat erhalten und statt einmal im Monat können sie nun ein- bis zwei Mal pro Woche telefonieren.

Frauen und Minderjährige wurden das ganze Jahr hindurch weiter mit Untersuchungshäftlingen zusammengesperrt.

- Am 24. März fand eine Expertenanhörung im Bayerischen Landtag zum Thema „Konsequenzen der EU-Rückführungsrichtlinie auf die Rückkehrpolitik in Bayern“ statt, an der zwei Ehrenamtliche des MFR teilnahmen.
- Immer wieder musste festgestellt werden, dass gegenüber der Polizei geäußerte Asylgesuche wochenlang nicht zum Bundesamt gelangen.
- Der von uns konzipierte Flyer mit dem Angebot eines Besuchsdienstes wurde endlich der JVA-Verwaltung abgesegnet. Die Nachfrage war 2011 nicht sehr groß. Trotzdem waren die Besuche für den jeweiligen Häftling ein Lichtblick.
- **DUBLIN II**

Flüchtlinge, die im Rahmen des DUBLIN-II-Verfahrens wieder in einen anderen europäischen Staat zurückkehren müssen, machen einen beachtlichen Anteil an den Abschiebehäftlingen aus. Ihnen wird nicht einmal die Möglichkeit einer „freiwilligen“ Ausreise gewährt.

2011 untersagten verschiedene Verwaltungsgerichte (leider nicht in München) die Rückschiebung nach z.B. Italien oder Bulgarien, weil diese Staaten die Europäischen Mindestnormen nicht einhalten. Solange die Aufnahmebedingungen und vor allem auch die Entscheidungspraxis in den DUBLIN-Staaten so unterschiedlich sind, darf u.E. das Verfahren nicht angewendet werden.

Die darüber hinaus höchst unsolidarische Regelung, die die Staaten mit langen Außengrenzen gegenüber den EU-Binnenländern stark benachteiligt, ist ein weiterer Geburtsfehler der Grundidee. Außerdem werden bei den Entscheidungen die Interessen der betroffenen Flüchtlinge völlig ignoriert.

Wie groß die Verzweiflung auch in diesen Fällen oft ist, zeigte sich durch den **Selbstmord** eines iranischen „Dublin“-Abschiebehäftlings in der JVA Stadelheim.

3.5 Länder

- **Der „arabische Frühling“** – der sich durch das ganze Jahr 2011 hinzog, führte in Europa zu höchst zwiespältigen Reaktionen.

Einerseits begrüßte man natürlich die von den arabischen AktivistInnen angestrebte Demokratisierung und verdrängte schnell die guten Beziehungen, die man jahrelang zu den diversen Diktatoren gepflegt hatte. Besonders drastisch war der Sinneswandel hinsichtlich Muammar Gaddafi, der über viele Jahre hinweg auch von deutschen Politikern hofiert worden war – kooperierte er doch willig, wenn es darum ging, Flüchtlingen den Weg über das Mittelmeer zu versperren. Vor Informationen über die schrecklichen Verhältnisse in den Lagern in der libyschen Wüste verschloss man dabei gern die Augen.

Andererseits herrschte große Angst vor „Flüchtlingsströmen“, die uns nun zu „überschwemmen“ drohten. Um Bayern vor den erwarteten Massen an **tunesischen Flüchtlingen** zu bewahren (die dann merkwürdigerweise doch nicht kamen) wurde sogar die Reisefreiheit in Europa in Frage gestellt – in einer Zeit, in der diese den meisten EU-Bürgern noch der einzige Vorteil der Union zu sein scheint.

Mitte April waren lt. UNHCR 490.000 Menschen vor der Gewalt in **Libyen** geflohen – davon 236.000 nach Tunesien, 199.000 nach Ägypten, 36.500 nach Niger, 14.100 nach Algerien und 6.200 in den Tschad. FRONTEX startete die Joint Operation Hermes 2011 um die EU-Außengrenzen in Italien zu schützen.

In Libyen hatten vor der Revolution etwa 11.000 von UNHCR registrierte Flüchtlinge gelebt. Davon 6000 aus dem Irak und rund 5000 aus afrikanischen Staaten südlich der Sahara. Vor allem letztere mussten nun um ihr Leben fürchten. Vergeblich klopfte UNHCR an die Türen der europäischen Regierungen mit der Bitte, diese Menschen im Rahmen eines Resettlements aufzunehmen. Viele machten sich daraufhin mit Booten auf den Weg nach Europa – mindestens **1500** kamen im Laufe des Jahres dabei ums Leben.

Auch irakische Flüchtlinge in München hatten Verwandte in Libyen, um deren Sicherheit sie sich große Sorgen machten. Sie fragten auch bei uns nach, wie sie sie hierher holen könnten. Leider konnten wir ihnen nicht helfen.

In **Syrien** begann die Opposition im Frühjahr mit friedlichen Demonstrationen, die aber blutig niedergeschlagen wurden. Die Situation verschärfte sich im Laufe des Jahres immer mehr – trotzdem wurden von Deutschland aus noch 18 Flüchtlinge nach Syrien abgeschoben. Einige Bundesländer erließen im Frühjahr einen Abschiebestopp für syrische Flüchtlinge. Das Bundesinnenministerium empfahl im April „bis zur Klärung der Verhältnisse“ keine Abschiebungen mehr vorzunehmen und erließ einen Entscheidungsstopp. Zu einem formellen Abschiebestopp konnte sich die Bundesregierung 2011 nicht durchringen.

In München fanden mehrere Kundgebungen für ein Ende der Abschiebungen und die Aufkündigung des deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommens statt, die auch der MFR unterstützte.



Frankfurter Rundschau 12.4.2011

- **Irak**

Innenminister Herrmann wies im Sommer die Ausländerbehörden darauf hin, dass „Rückführungen“ ausreisepflichtiger irakischer Staatsangehöriger in das autonome Kurdengebiet im Nordirak nunmehr möglich seien, wenn diese von dort stammen und zu insgesamt mehr als 50 Tagessätze Strafe verurteilt wurden – allerdings nur mit Zustimmung der kurdischen Behörden. Weil sie nach jahrelanger „Duldung“ in Deutschland keine Perspektive mehr sahen, gab es auch freiwillige Rückkehrer vor allem in den Nordirak – viele von ihnen haben diesen Schritt später aber bereut.

Irakische Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis konnten auch im vergangenen Jahr von der konsularischen Vertretung keine Pässe bekommen. Manche nahmen daraufhin die lebensgefährliche Reise in den Irak auf sich, um an diese Papier zu kommen, denn die hiesige Ausländerbehörde weigerte sich weiterhin, ihnen die grauen „Reiseausweise für Ausländer“ auszustellen.

- **Afghanistan**

Obwohl 2010 nach UNO-Angaben das blutigste Jahr seit dem Sturz des Taliban-Regimes gewesen war, tendierte im Jahr 2011 die Schutzquote für junge afghanische Männer immer mehr gegen Null. Die Gerichte befanden, dass ihnen „ein Leben am Rande des Existenzminimums“ in Kabul durchaus zumutbar sei.

Schutzquoten für Flüchtlinge aus ausgewählten Herkunftsländern 2011 und 2010

2011	Gesamtschutz		2010	Gesamtschutz	
	absolut	in Prozent		absolut	in Prozent
Herkunftsländer gesamt	9 675	22,3	Herkunftsländer gesamt	10 395	21,6
darunter			darunter		
Afghanistan	2 258	34,3	Afghanistan	2 195	43,8
Irak	2 877	53,8	Irak	3 434	52,3
Serbien	27	0,4	Serbien	31	0,6
Iran	1 432	52,7	Iran	1 472	52,2
Syrien	429	41,1	Mazedonien	7	0,2
Pakistan	158	14,0	Somalia	464	50,8
Russische Föderation	177	14,1	Kosovo	88	3,5
Türkei	157	8,6	Syrien	370	18,0
Kosovo	51	2,5	Türkei	276	12,7
Mazedonien	6	0,3	Russische Föderation	334	20,6

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN

3.6 Informationsmaterial

Zusammen mit den Mitveranstaltern gestalteten wir Flyer für die Ausstellung „Typisch Zigeuner“ mit ihren Begleit-Veranstaltungen und für die Ausstellung und das Programm zu „Roma und Sinti – in Europa zuhause“ im EineWeltHaus.

Viel Arbeit steckten wir in unsere „Mauer“ für die Lange Nacht der Museen.

Für die Infostände wurden jeweils aktuelle Plakate geschaffen. Daneben versuchten wir, unsere homepage www.muenchner-fluechtlingsrat.de stets aktuell zu halten.

4. Save me Kampagne

Resettlement/Relocation

Seit der Ankunft von 2500 irakischen Kontingentflüchtlingen im Jahr 2012 tröpfelte die Aufnahme von Flüchtlingen nur langsam vor sich hin. Das Bundesinnenministerium berief sich immer wieder auf die groß angelegten Flüchtlingsaufnahmen der vergangenen 20 Jahre und bestand darauf, sich lediglich an ad hoc Aufnahmen zu Krisenzeiten zu beteiligen. 2011 kamen in einer dieser ad hoc Maßnahmen 100 Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea und Sudan nach Deutschland. Sie hatten zuvor in Malta Asyl beantragt. Ziel war die Entlastung des kleinen Staates, der im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr einen großen Anstieg an Flüchtlingen zu verzeichnen hatte (der jedoch unter den Zahlen von 2008 und 2009 lag). Eine solche innereuropäische Umverteilung nennt sich Relocation.



Von den 100 nach Deutschland übersiedelten Flüchtlingen wurden 12 der Stadt München zugeteilt. Während 2010 bei einer Relocation-Maßnahme von Flüchtlingen aus Malta viele alleinstehende junge Männer zu uns kamen, die darauf gebaut hatten die noch in Afrika festhängenden Frauen und Kinder nachholen zu können, wurden bei der Auswahl 2011 bevorzugt Familien nach Deutschland geholt. Der Grund dafür hängt mit der Tatsache zusammen, dass sowohl die über Resettlement, als auch über Relocation aufgenommene Flüchtlinge lediglich einen Aufenthalt nach § 23 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz bekommen, der keinen vereinfachten Familiennachzug (wie bei anerkannten Flüchtlingen mit einem Aufenthalt nach § 25 Abs. 1 und 2 Aufenthaltsgesetz) vorsieht. Der Nachzug des Ehepartners und der minderjährigen Kinder ist nur möglich, wenn der Lebensunterhalt für alle gesichert und eine entsprechend große Wohnung in München angemietet ist. Bis der jeweilige Flüchtling genug Deutsch spricht, um einer Arbeit nachgehen zu können und genug verdient, um den Lebensunterhalt seiner Familie in Deutschland zu erwirtschaften, vergehen oft Jahre. Jahre, in denen sich Dramen in Afrika abspielen, die das Leben der Zurückgelassen bedrohen. Eine Nachbesserung der Aufnahmebedingungen, die Kontingentflüchtlinge mit anerkannten Flüchtlingen gleichstellt, wurde bisher leider noch nicht vorgenommen.

Genauso wie die 2009 aufgenommenen Iraker unterstützten save me Paten die Kontingentflüchtlinge aus Malta bei der Wohnungssuche, dem Deutschlernen und den ersten Schritten im Alltag.

Arabischer Winter

Im Laufe des Jahres 2011 trat der Arabische Frühling immer mehr in den Fokus unserer Arbeit. Während die Aufstände in Tunesien und Ägypten schnell zum Sturz des Regimes führten, entwickelte sich die Revolution



in Libyen zu einem Bürgerkrieg. Da al-Ghaddafi bei seinem Versuch den Krieg zu gewinnen auf Söldner aus dem südlichen Afrika gesetzt hatte, gerieten dunkelhäutige Flüchtlinge aus der Sub-Sahara Region, die zuvor in Libyen Zuflucht gesucht hatten, unter Generalverdacht das Regime zu unterstützen. Viele von ihnen flohen vor Übergriffen und Gewalt in die Nachbarländer oder wagten die gefährliche Überfahrt nach Europa, der bis Juli 2011 etwa 2000 Menschen zum Opfer fielen.

Flashmob

Save me nahm sich den aus Libyen geflohenen Flüchtlingen an und warb für deren Aufnahme in Deutschland, sowie den generellen Einstieg der Bundesregierung in das Resettlement Programm des UN-Flüchtlingshilfswerks. Im Juli verteilten wir deshalb Flyer am Stachus, dem Sendlinger Tor und der Uni, in denen wir auf einen geplanten Flashmob am Richard-Strauß-Brunnen hinwiesen. Trotz Regens kamen an dem angesetzten Tag etwa 50 Teilnehmer, ausgestattet mit Rettungsringen, Holzplanken, Styroporplatten, Schwimmflügeln... eben mit etwas, das einen über Wasser halten würde. Obwohl wir nur eine Viertelstunde für die Aktion veranschlagt hatten, konnten wir etwa 200 Flyer an Passanten verteilen, von denen viele stehen blieben und mit uns diskutierten. Ein Erfolg, über den auch in der Presse berichtet wurde.

Postkartenaktion

Im Anschluss an den Flashmob führten wir außerdem eine Postkartenaktion durch, in der wir vom Bayerischen Landtag den Einstieg in das Resettlement forderten. Geplante Übergabe war Ende März 2012, der Monat, in dem sich die Ankunft der irakischen Kontingentflüchtlinge zum dritten Mal jährte. Im Dezember 2011 entschied die Innenministerkonferenz überraschend, dass Deutschland in den kommenden drei Jahren mit der Aufnahme von jeweils 300 Kontingentflüchtlingen in das Resettlement-Programm einsteigen würde. Durch diesen Beschluss wurden wir ausnahmsweise von der Politik überholt und die Postkartenaktion obsolet.

AK save me

Seit November 2011 gibt es jetzt auch einen Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit. Der Schwerpunkt liegt auf Lobbyarbeit für Resettlement und Münchner Kontingentflüchtlinge. Allerdings spielen auch andere Flüchtlingsthemen eine Rolle, die über Impulsreferate thematisiert werden. Da einige aus der Gruppe Patenschaften für Flüchtlinge übernommen haben, ist auch der Bezug zur Praxis gegeben.

Patentarbeit

Der Schwerpunkt im Jahr 2011 lag auf der Akquise von neuen Paten durch Infostände und der Suche von Kooperationspartnern. Insgesamt 36 Erstgespräche wurden im Büro mit Interessenten geführt. Neben bewährten Familienpatenschaften rückte auch das Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) in den Fokus.

Familienpaten

2011 sind vermehrt Flüchtlinge außerhalb des Kreises der Kontingentflüchtlinge zu save me gekommen, um einen Paten für die Wohnungssuche oder für Nachhilfe zu erbeten. Insbesondere durch die Vermittlung der *Internationalen Bildungsberatung* haben sich einige Flüchtlinge gemeldet. Manche Paten wurden neben der direkten Zuteilung auch an die Gemeinschaftsunterkunft in der Schwanthalerstraße vermittelt, die Bedarf anmeldete.

UMF

Um Paten an UMF zu vermitteln mussten Kooperationen gesucht werden. Im Laufe des Jahres 2011 kristallisierte sich eine Zusammenarbeit mit der Max-Pröbstl-Straße (*Caritas*) und der Clearingstelle *Mädchenräume (Innere Mission)* heraus. Studenten des studentischen Vereins für Globales Lernen *Commit2partnership* traten ebenfalls mit uns in Kontakt. Sie bekamen durch einen Vortrag der *Innere Mission*, den Besuch des städtischen Wohnprojekts in der Baumkirchnerstraße und über Patenschaften einzelner *Commitlern* einen Einblick in die Problematik und die Schwierigkeiten der Jugendlichen.

Schulungen und Treffen für Paten

- Interkulturelles Training: Eine von vier Schulungen, die der MFR jedes Jahr anbietet. Ziel ist die Sensibilisierung für den Umgang mit anderen Kulturen, Einordnung der eigenen kulturellen Prägung und Abgrenzung von kulturellen und sozialen Phänomenen.
- Hausaufgabenschulung (mit Internationaler Schulberatung): Vernetzung von aktiven Hausaufgabenpaten, Klären von Fragen und Schwierigkeiten z.B.: Wie viel muss/soll ich tun? Was ist die Aufgabe der Eltern? Was ist meine Aufgabe? Wie trete ich der Schule gegenüber auf? Wann macht es Sinn eine Patenschaft zu beenden?
- Quartals-Patentreffen: Vernetzung von aktiven Paten, Klären von Fragen und Schwierigkeiten z.B.: Wie viel Engagement kann man von Flüchtlingen erwarten? Wie viel Passivität ist normal? Wie grenze ich mich gegenüber übermäßigen Forderungen ab?
- Sommerfest: Vernetzung von und Dank an unsere Ehrenamtlichen.

Flüchtlingsarbeit

Auch 2011 kamen die Kontingentflüchtlinge weiterhin ins save me Büro, um Fragen zum Aufenthalt, dem Familiennachzug oder das Jobcenter betreffend zu stellen. Ein großer Problemkomplex stellte die Beschaffung neuer irakischer Pässe dar. Da Kontingentflüchtlinge einen anderen Status als anerkannte Flüchtlinge haben und somit keinen blauen Pass bekommen, müssen Sie sich bei ihrer heimischen Botschaft Pässe besorgen. Nur bei Somaliern wird eine Ausnahme gemacht, da Somalia als zerfallener Staat über keine staatlichen Strukturen verfügt. Kontingentflüchtlinge, denen es nicht gelang ihren Pass zu verlängern, bekamen bei der Ausländerbehörde München lediglich eine Aufenthaltsverlängerung von wenigen Monaten, statt der vorgesehenen drei Jahre. Eine Situation, die zu viel Verunsicherung führte. Eine weitere Konsequenz der abgelaufenen Pässe war die Unmöglichkeit zu reisen und Verwandte außerhalb Deutschlands zu besuchen.

Um ihre Pässe zu erneuern benötigen Iraker eine neue irakische Identitätskarte sowie die neue Staatsangehörigkeitsurkunde. Konnten sie beides beim irakischen Konsulat nicht vorweisen wurden sie darauf hingewiesen, dass sie in den Irak müssten, um diese beiden Papiere zu beschaffen. Einige der Familien beschlossen deshalb das Risiko einzugehen und Asyl zu beantragen in der Hoffnung, als Flüchtling anerkannt zu werden und dadurch einen blauen Pass zu bekommen. Ein Risiko stellt dieser Asylantrag deshalb dar, weil die betreffenden Familien ihren Status als Kontingentflüchtlinge verloren. In allen bekannten Fällen verliefen die Anträge jedoch erfolgreich. Auf Grund der aktuellen Rechtslage bot sich dieses Schlupfloch leider nur für christliche und mandäische Familien, nicht aber für Muslime, da bei Ihnen die Gefahr einer Ablehnung des Asylantrags zu groß war. Inzwischen hat die Ausländerbehörde für die Kontingentflüchtlinge eine Lösung gefunden und ihnen graue Reisepässe als Ersatzpapiere zugestanden

Teilnahme der Projektleitung an Fortbildungen

- „Sozialbürgerhäuser stellen sich vor“: Über den Aufbau und die Arbeitsfelder der Sozialbürgerhäuser (*Münchner Frauenforum*).
- „Aktuelle Entwicklungen im Asylrecht“: Zweitätiges Seminar des *AK Asyl Amnesty International* in Ohlstadt mit diversen Themen zur aktuellen Flüchtlingspolitik.
- „Mit 17 schon zu alt?": Über gesetzliche Fallen und Kniffe bei der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (*Sozialdienst Katholischer Frauen, KJS, Caritas*).
- „Mein Recht im Ehrenamt“: Verantwortung, Rechte und Pflichten von Ehrenamtlichen (*Hans Seidel Stiftung*).
- „Asylrecht und die EU“: Dreitägiges Seminar von *Amnesty International* in Aachen mit Schwerpunkt Dublin II.
- „Manchmal weiß ich gar nicht was ich glauben soll“: Fortbildung mit Elementen aus der Supervision von *Refugio* über den Umgang mit Zweifeln in der Flüchtlingsarbeit
- Fachtag UMF der *Inneren Mission* mit verschiedenen Themen zur Unterbringung und rechtlichen Situation von UMFs.
- Perspektiven für den Südsudan: Konferenz der *Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen* zur Unabhängigkeit des Südsudan und Perspektiven für das Land.
- Der elektronische Aufenthaltstitel: Einführung des *KVR* in den elektronischen Aufenthaltstitel

Öffentlichkeitsarbeit

- Markt der Engagementmöglichkeiten der *LMU*
- Freiwilligentag der *Münchner Rück*
- Infostand im Rahmen von *Meet the Neighbours* (in Szene gesetzte Begegnung von Bewohnern der Bayernkaserne und Besuchern der Kammerspiel-Inszenierung *Die Perser*).
- Infostand bei der *Lichtblicke Preisverleihung*
- *Streetlife Festival* in der Ludwig-/Leopoldstraße (Juni und September)
- Infostand bei einer Veranstaltung zum arabischen Frühling im *Ampere*
- Weihnachtlicher Glühweinverkauf in der Fußgängerzone
- Gespräch mit Schulklassen
- Vortrag bei einem Fachtag der *Asylkoordinationsgruppe Wien*
- zwei Vorträge bei den Azubis der Stadt
- fünf Doktor-/Magisterarbeitsgespräche

Presse

2011 wurde in den folgenden Medien über save me berichtet:

- *Ingolstädter Kurier*
- *Der Freitag*
- *Radio Lora*
- *SZ Online*

5.



Info-Bus Erste Hilfe für Flüchtlinge

Ein Gemeinschaftsprojekt von

MFR

Münchner Flüchtlingsrat
Preisträger 2009 „Münchner Lichtblicke“
Gefördert von der Landeshauptstadt München

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



5.1 Ressourcen

a) Projektleitung und Projektassistenz

Die Projektleitung arbeitete 19,25 Stunden im Projekt „Infobus für Flüchtlinge“. Sie war für die Leitung und Koordination der Beratungssprechstunden zuständig und diente als Ansprechpartner für Flüchtlinge, Freiwillige und Geldgeber. Sie erledigte die administrativen Aufgaben des Projektes (Projektberichte, Projektanträge, Abrechnungen) und hielt Kontakt zu Behörden sowie anderen Flüchtlingsorganisationen. Bei den einmal monatlich stattfindenden Infobustreffen wurden die Ehrenamtlichen durch die Projektleitung über die neuesten Rechtsprechungen informiert und konnten sich über aktuelle Fälle austauschen. Die Projektleitung war verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit und das Fundraising. Außerdem pflegte Sie eine enge Zusammenarbeit mit dem Münchner Flüchtlingsrat und dem Arbeitskreis Asyl von amnesty international.

Im April 2011 fand ein Wechsel der Projektleitung statt. Am 1. April 2011 übernahm Rebecca Kilian-Mason die Stelle von Birke Siebenbürger. Rebecca Kilian-Mason war bereits vorher als Dolmetscherin intensiv in der Flüchtlingsarbeit tätig und hat sich im Rahmen ihres Studiums der Sozialgeographie stark mit dieser Thematik beschäftigt. Durch eine mehrwöchige Einarbeitung konnte eine problemlose Fortführung des Projekts gewährleistet werden.

Fatma Ali war als Projektassistenz mit 7 Stunden wöchentlich eingestellt. Ihre Aufgaben waren die Vertretung der Projektleitung und Übersetzung für Somali, Arabisch und Englisch. Sie ist zwei bis dreimal wöchentlich bei den Bussprechstunden anwesend und regelmäßig telefonisch für Anfragen erreichbar.

b) Honorarkräfte

Bei Bedarf wurden Honorarkräfte zum Dolmetschen von Beratungsgespräche bestellt. Dies war allerdings nur der Fall wenn für die entsprechende Sprache keine ehrenamtlichen Dolmetscher zur Verfügung standen.

c) Ehrenamtliche

Das Projekt Infobus wurde von 25 ehrenamtlichen Mitarbeitern unterstützt, von denen 15 Personen mindestens einmal monatlich bei den Beratungssprechstunden anwesend waren. Die Ehrenamtlichen unterstützten die Hauptamtlichen als Berater oder als Sprachmittler. Das Ehrenamtlichenteam des Infobusses deckte 15 verschiedene Sprachen (englisch, französisch, türkisch, arabisch, persisch, somali, russisch, kurdisch, krio, chinesisches, spanisch, italienisch, serbokroatisch, turkmenisch, paschtu) ab. Die ehrenamtlichen Berater müssen regelmäßig an Fortbildungen im Bereich des Asylrechts teilnehmen um über die aktuelle Rechtslage informiert zu bleiben.

d) Infobus

Da der alte Infobus in keinem guten Zustand mehr war und den TÜV im Herbst nicht mehr überstanden hätte, konnten wir im Mai 2011 ein neues Büromobil erstehen. Der gebrauchte Wohnwagen ist mit fünf Sitzplätzen, guter Beleuchtung, ausreichend Stauraum und einer Gasheizung ausgestattet und damit ganzjährig optimal für die Beratung geeignet.

Im Infobus befindet sich das für die Beratung notwendige Infomaterial, Adressen von wichtigen Ansprechpartnern und Organisationen im Asylbereich, Nachschlagewerke und Länderinformationen.

Dank des mobilen Büros konnten wir nach der Eröffnung einer neuen Dependance der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber vor beiden Erstaufnahmeeinrichtungen beraten.

e) Räumlichkeiten

Im neuen Regionalbüro von amnesty international stand der Projektleitung des Infobusses an zwei Tagen in der Woche ein Büroraum zur Verfügung, um die Büroarbeiten zu erledigen. Die monatlichen Treffen des Infobus-Teams fanden in dem Gruppenraum des Münchner Flüchtlingsrats statt.

5.2 Leistungen und Aktivitäten

a) Sprechstunden

Regulär wurde an drei Tagen in der Woche (Montag 16-18 Uhr, Mittwoch 18.00-20.00 Uhr, Samstag 15-18 Uhr) eine zweistündige Sprechstunde angeboten. Insgesamt fanden im Projektjahr 2010/2011 137 Sprechstunden statt. Darüber hinaus war die Projektleitung für Beratungsgespräche an drei Tagen in der Woche auf dem Bushandy und per Email erreichbar.

Da zu Beginn des Jahres 2010 in der ehemaligen Bayernkaserne eine Dependance der Erstaufnahmeeinrichtung eröffnet wurde, verlegten wir zunächst eine der drei Beratungssprechstunden dorthin. Ab Oktober wurden zwei der Beratungssprechstunden (montags und mittwochs) in der Bayernkaserne durchgeführt, da die Belegungszahlen dort höher waren als in der Baierbrunnerstraße.

b) Anzahl und Merkmale der Ratsuchenden

Es wurden insgesamt 1291 Beratungsgespräche in 648 Fällen geführt. Unter den beratenen Flüchtlingen waren 220 (17%) Frauen und 69 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, wobei es bei einigen Probleme bei der Altersfestlegung gab.

Viele Asylsuchende zeigten oder beschrieben Symptome einer starken Traumatisierung und baten, im Bezug darauf, um Unterstützung. Sie wurden an die Diagnosestelle der LMU, sowie Refugio weitervermittelt. Zwei Frauen wurden von einem Dolmetscher zur Untersuchung in die Klinik begleitet. Einige Frauen gaben an Opfer von Menschenhandel zu sein. Sie wurden bei Bedarf an entsprechende Stellen (Jadwiga, Solwodi) vermittelt. Unter den Ratsuchenden waren drei schwerbehinderte Erwachsene und fünf Familien mit jeweils einem oder mehreren behinderten Kindern.

Herkunftsland	Fälle	Beratungen	Anteil an Beratungen
Afghanistan	196	411	31,84%
Somalia	39	195	15,10%
Nigeria	68	133	10,30%
Syrien	49	115	8,91%
Sierra Leone	33	85	6,58%
Türkei	51	74	5,73%
China	63	60	4,65%
Kongo	29	43	3,33%
Senegal	16	32	2,48%
Serbien	19	27	2,09%
Uganda	15	21	1,63%
Algerien	9	20	1,55%
Irak	19	16	1,24%
Palästina	5	4	0,31%
Myanmar	5	7	0,54%
Mazedonien	3	11	0,85%
Marokko	3	3	0,23%
Russland	2	6	0,46%
Tibet	2	2	0,15%
Israel	2	5	0,39%
Burkina Faso	1	1	0,08%
Lybien	1	1	0,08%
Togo	1	1	0,08%
Kosovo	1	1	0,08%
Bosnien	3	3	0,23%
Guinea	1	1	0,08%
Tunisien	1	1	0,08%
Pakistan	2	2	0,15%
Iran	3	4	0,31%
Eritrea	1	1	0,08%
Albanien	2	2	0,15%
Jordanien	3	3	0,23%
Summe	648	1291	100,00%

Tabelle 1: Beratungsgespräche und Fälle nach Herkunftsländern

c) Nationalitäten

Der Infobus beriet im vergangenen Jahr Flüchtlinge aus 32 verschiedenen Herkunftsländern. Um das breite Spektrum an Sprachen abdecken zu können mussten regelmäßig neue Ehrenamtliche angeworben werden und bei aktuellem Bedarf wurden Honorarkräfte engagiert.

Im Projektjahr 2010/2011 kam der größte Anteil der ratsuchenden Asylbewerber kam aus Afghanistan, gefolgt von Somalia und Nigeria.

d) Beratungsinhalte

Jedes Beratungsgespräch wurde statistisch erfasst. Dabei fand eine Zuteilung in folgende Kategorien statt:

- **Vorbereitung Anhörung/Erstinfo:** Ausgabe des Asylwegweisers, Beratung zur Anhörung (Ablauf, Rahmenbedingungen, Rolle des Dolmetschers, Fragenkatalog, Möglichkeit die Verfolgungsgeschichte zu schildern, etc.)
- **Protokoll-Korrektur:** Gegenlesen und übersetzen des Protokolls, bei Bedarf Schreiben ans BAMF mit Korrekturen;
- **Behördenkontakte oder -schreiben / Sonstige Verfahrensberatung:** Erklärung von Behördenschreiben, Behördentermine, Vermittlung von Anwälten, Erklärung des weiteren Asylverfahrens nach der Anhörung, Abnahme vom Geld/Gegenständen, etc.
- **Dublin II:** Erklärung der Verordnung, Klärung des Reiseweges, Antrag auf Akteneinsicht beim BAMF in Dortmund, Anträge auf Selbsteintritt der Bundesrepublik Deutschland, etc.
- **Begleitung:** zu Ärzten, Behörden, sozialen Einrichtungen, zur Anhörung beim BAMF, etc.
- **Soziale/medizinische Angelegenheiten:** Fragen zum Asylbewerberleistungsgesetz (Geld-/Sachleistungen, Unterbringung, Krankenscheinen), Deutschkurse, medizinische Fragen, psychologische Probleme, Traumatisierung, etc.

Beratungsgründe	Gesamtzahl	Prozentual
Vorbereitung Anhörung/ Erstinfo	512	33 %
Protokoll Korrektur	83	5 %
Behördenkontakte oder -schreiben / Sonstige Verfahrensberatung	265	17 %
Dublin II	242	16 %
Begleitung	10	1 %
Soziale/medizinische Angelegenheiten	429	28 %

Tabelle 2: Statistik aufgeschlüsselt nach Beratungsgründen (mehrere Gründe pro Beratung möglich).

Der Schwerpunkt der Beratung lag auf der Vorbereitung für die Anhörung und der Information über das Asylsystem. Einige Flüchtlinge in psychisch instabiler Verfassung wurden von In-fobusmitarbeitern als Beistand in die Anhörung begleitet. Weitere häufige Anliegen waren Fragen zu sozialen Angelegenheiten. Zahlreiche Ratsuchende fielen unter die Dublin-II-Verordnung und benötigten Beratung dazu oder wurden bei Bedarf an Anwälte weitervermittelt.

Zahlreiche Flüchtlinge baten um Unterstützung bei psychologischen Problemen bzw. Traumatisierung. Bis November 2011 konnten diese an die psychologische Diagnosestelle der LMU weitervermittelt werden. Da dieses Projekt im November beendet wurde, blieb die Vermittlung an sprachlich entsprechend geeignete Psychologen oder eine Anmeldung bei Refugio.

Ein häufiges Problem bei afghanischen Flüchtlingen war der Verlust von Familienmitgliedern auf der Flucht. Bei unbekanntem Verbleib wurde für die Flüchtlinge ein Suchantrag beim Internationalen Roten Kreuz gestellt. In einigen Fällen konnte auch über eigene Netzwerke Erfolge beim Auffinden der Familienmitglieder erzielt werden.

Häufig diente der Infobus auch als erste Orientierungshilfe, indem den Flüchtlingen die entsprechenden Zuständigkeiten von Behörden und Organisationen erläutert wurden. Dadurch konnten die Asylsuchenden sich bei Problemen direkt an die zuständigen Ansprechpartner wenden.

e) Büroarbeiten

Die Büroarbeit umfasste die Nachbearbeitung von Fällen aus den Sprechstunden z.B. das Verfassen von Briefen an Behörden, Recherchen nach entsprechenden Informationen sowie Vermittlung an weitere Organisationen im In- und Ausland.

Die Projektleitung beantwortete regelmäßig Anfragen anderer Organisationen und Einrichtungen aus dem Flüchtlingsbereich, sowie der Presse. Des Weiteren erledigte sie die administrativen Aufgaben des Projekts (Projektbericht, Projektanträge, Abrechnung der Projektkosten). Sie übernahm die Vorbereitung und Durchführung von Infoständen und Veranstaltungen sowie die Pflege der Homepage.

f) Vernetzung

Die Projektleitung nahm regelmäßig an vier verschiedenen Gremien bzw. Netzwerktreffen teil, um aktuelle Anliegen in der Flüchtlingsarbeit zu erfahren und zu diskutieren:

- Plenum des Münchner Flüchtlingsrates (monatlich),
- Arbeitskreis Asyl von amnesty international (monatlich),
- Fachbasis Asyl (monatlich),
- Migrationspolitische Runde der Grünen (vierteljährlich),

Die Teilnahme an den Gremien machte den Infobus in der Flüchtlingsszene gut bekannt und machte ihn zum wichtigen Ansprechpartner für Fragen bezüglich der Erstaufnahme. Durch die Vernetzung mit anderen Organisationen im Flüchtlingsbereich konnte Anliegen zur strukturellen Verbesserung mehr Gewicht verliehen werden und größere Erfolge erzielt werden.

Der Infobus hatte während des Projektjahres mit folgenden Behörden und Organisationen Kontakt: Regierung von Oberbayern, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Sozialdienst der Inneren Mission, Sozialdienste der Caritas, Münchner Flüchtlingsrat, Save Me, Refugio, Coming Home, Ausländerbeirat, Stadt München (Stadtjugendamt, Gesundheitsamt), amnesty international Bundesbüro, UNHCR, Bayerischer Flüchtlingsrat, Pro Asyl, Diagnosestelle der LMU, Aktionsbündnis gegen Frauenhandel, Jadwiga, SOLWODI, Zentrum für transkulturelle Medizin, Sozialdienst des Münchner Flughafens, KISA Zypern

g) Themenbezogene Arbeit

Der Infobus hat im Projektjahr folgende strukturelle Themen bearbeitet:

- **Berücksichtigung von Menschenhandel und Zwangsprostitution im Asylverfahren** mit dem Aktionsbündnis gegen Frauenhandel
- **Mindeststandards für eine neue EAE in Bayern** mit der Projektgruppe Asyl in Würzburg
- **Arbeitsstil der Dolmetscher** mit BAMF
- **Allgemeine Situation in den Notunterkünften** mit Inneren Mission und MFR
- **Probleme mit dem Sicherheitsdienst der Erstaufnahmeeinrichtung** mit der Regierung von Oberbayern

h) Öffentlichkeitsarbeit

Der Infobus hat eine eigene Seite auf der Homepage www.muenchner-fluechtlingsrat.de, die ständig aktualisiert wird. Dort finden sich der Asylwegweiser und das Infoblatt "Asylanhörnung" in verschiedenen Sprachen. Außerdem ist der Infobus für Flüchtlinge seit kurzem auch auf Facebook zu finden um den Bekanntheitsgrad zu erhöhen.

Im Projektjahr 2010/2011 fanden vielfältige Veranstaltungen und Aktionen statt:

- Im März 2011 wurden **Auszubildende der Stadt München über die Flüchtlingsarbeit informiert**
- Im April 2011 gab die Projektleitung Frau Neupert vom BR **ein Interview im Rahmen eines Films** zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Die Dokumentation wurde unter dem Titel „**Gestrandet in München**“ im Juni vom BR ausgestrahlt.
- Am 01. Mai 2011 wurde gemeinsam mit dem Münchner Flüchtlingsrat ein **Infostand am Münchner Rindermarkt** durchgeführt
- Im Mai wurde die **Informationsbroschüre zum Infobusprojekt** fertig gestellt.
- Am 04. und 05.06.2011 gab es einen **Infostand auf dem Streetlife**
- Im Juni 2011 besuchten zwei Ehrenamtliche des Infobusses, die **Willi-Brandt-Gesamtschule** in München und **informierten über Flüchtlinge** und die Arbeit des Infobusses.
- Im Rahmen des Kunstunterrichts **bemalte und beschriftete** eine Klasse der **Willi-Brandt-Gesamtschule den neuen Infobus**. München TV brachte dazu einen kurzen **Fernsehbeitrag**.
(http://www.muenchen-tv.de/gesellschaft/Anlaufstelle_fuer_Fluechtlinge-7948.html)
- Am 09.06.2011 **besuchte einer Klasse des Assam Gymnasiums den Infobus** und informierte sich über Flüchtlinge in Deutschland
- Am 08.11.2011 hielt die Projektleitung **Vortrag beim Aktionsbündnis gegen Frauenhandel** zu den Erfahrungen mit Opfern von Zwangsprostitution und der Situation im Asylverfahren
- Fünf **Studenten** interviewten die Projektleiterin im Rahmen ihrer **Abschlussarbeiten** und erhielten **dabei Informationen zur Flüchtlingsarbeit**.

i) Evaluierung und Fortbildungen

Die Arbeit des Infobusses wurde in den monatlichen Infobus-Treffen gemeinsam im Team reflektiert. Außerdem wurden Einzelfälle, aktuelle Informationen und rechtliche Neuerungen besprochen. Während der Sprechstunden wurde die Beratungsarbeit durch ein Tagebuch statistisch festgehalten (Nationalität, Geschlecht, Anliegen, etc.).

Folgende Fortbildungen wurden im Projektjahr besucht:

19.03.11: **Studientag für Flüchtlingsarbeit und Kirchenasyl** (Projektleitung und zwei Ehrenamtliche)

20.04.-01.05: ai Seminar "**Flüchtlings- und Migrationsrecht praxisnah**" in Würzburg (zwei Ehrenamtliche)

23.05.2011: Semina: „**Trauma und Migration**“ (Projektleitung und zwei Ehrenamtliche)

24./25.06 ai-Seminar "**Aktuelle Aspekte der deutschen und europäischen Außen und Asylpolitik**" in Ohlstadt (sieben Ehrenamtliche)

14-16.10.2011: ai-Seminar "**Asylrecht in der EU in Aachen**" (Projektleitung und drei Ehrenamtliche)

22.-23.11.2011: Tagung "**Asylverfahren: Glaubwürdigkeitskriterien, Erkennung von Traumatisierungen, Besonderes zu Somalia und Afghanistan**" von BAMF, DW Bayern und LCV Bayer (Projektleitung)

5.3 Ergebniseinschätzung und Nachhaltigkeit

Die Arbeit des Infobusses im vergangenen Projektjahr war sehr erfolgreich. Es bestand eine starke Nachfrage nach Beratung und Information im Asylverfahren. Dank einem hoch motiviertem und erfahrenem Team an Ehrenamtlichen konnte die Beratung professionell und beständig in zahlreichen Sprachen angeboten werden. Die sprachliche Nähe fördert Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei den Flüchtlingen. Von Sozialdiensten zahlreicher Gemeinschaftsunterkünfte erhielt der Infobus die Rückmeldung, dass die Informationen und Beratung für die Flüchtlinge im Asylverfahren sehr hilfreich waren und nachhaltig wirksam sind. Oft diente der Infobus auch nach der Verlegung noch als Ansprechpartner bei Problemen im asylrechtlichen Bereich.

5.4 Finanzierung

Der Infobus für Flüchtlinge wurde im Jahr 2011 mit ca. 15.800€ (Teile der Zahlung noch ausstehend) durch den Europäischen Flüchtlingsfond, mit 10.000 € durch die UNO Flüchtlingshilfe und mit 4.000 € durch amnesty international gefördert. Amnesty stellte dem Infobus außerdem für die administrativen Aufgaben sein Büro samt Infrastruktur zur Verfügung.

Die Gesamtkosten für das Projekt Infobus für Flüchtlinge, bestehend aus Personal-, Material-, Dolmetscher-, Fortbildungs-, Öffentlichkeitsarbeits- und Buskosten, betragen im Projektjahr 31.650 €

6. Kontakte zu anderen Organisationen

Regelmäßige Kontakte und zum Teil gemeinsame Veranstaltungen oder Aktionen hatten wir – unter anderem – mit folgenden Gruppen und Organisationen:

- Abschiebehaft-Stammtisch
- AK UMF der Freien Wohlfahrtsverbände
- Amnesty International – Asylarbeitskreis München
- ARGE Schubhaft, Innsbruck
- Asyl in Not, Wien
- Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München
- Bayerischer Flüchtlingsrat
- BRK – Flüchtlingsberatung
- Bundesfachverband unbegleitende minderjährige Flüchtlinge e.V.
- Caritas
- Diakonie Rosenheim
- Deutsch für Flüchtlinge e.V.
- Evangelische Ausländerarbeit, Dekanatsbezirk München
- FAK Interkulturelle Arbeit REGSAM Sendling
- FAK Migration REGSAM Mitte
- FöBE
- Freiwilligenagentur Tatendrang
- Freudentanz
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Stadtverband München
- Handicap international
- Heimaten e.V.
- Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.
- Initiativgruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG)
- Innere Mission / Diakonisches Werk
- Inta(c)t e.V.
- Integrationszentrum Osteuropa
- Internationale Liga für Menschenrechte
- JADWIGA
- Jesuiten-Flüchtlingsdienst
- JIZ Jugendinformationszentrum
- Katholisches Jugendsozialwerk München
- Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen
- Lichterkette e.V.
- Kinderbeauftragte der LHM
- Madhouse gGmbH
- Münchner AIDS-Hilfe
- Münchner Friedensbündnis / Friedensinitiative Christen in der Region München
- Münchner Stadtbibliothek
- NeSta (Netzwerk Stadelheim)
- Ökumenisches Kirchenasylnetz
- Pro Asyl
- Projekt Sinti der Diakonie Hasenberg
- Rechtshilfe für Ausländer und Ausländerinnen e.V.
- REFUGIO München

- SchlaU-Projekt
- Siloah – Begegnung behinderter und nichtbehinderter Menschen
- SOLWODI
- SOS Beratungs- und Familienzentrum
- Tibetinitiative
- Tolstoi Hilfs- und Kulturwerk
- Trägerkreis EineWeltHaus München e.V.
- Ver.di München – AK „Rettet die Grundrechte – Gegen den Notstand der Republik“
- Verein Freundschaft zwischen Ausländern und Deutschen e.V.

Als **beratendes Mitglied des Münchner Ausländerbeirats** konnten wir unsere Anliegen in die Sitzungen des Ausschuss 4 einbringen und erfuhren immer solidarische Unterstützung.

7. Finanzierung

Die Arbeit des **Flüchtlingsrats** wurde auch 2011 durch die **Landeshauptstadt München** gefördert. Der städtische Zuschuss deckt in etwa die Personal- und Bürokosten. Das restliche Geld stammte aus Förderbeiträgen, Spenden und Honoraren für Vorträge. Mit zweckgebundenen Spenden für „MVV-Karten“ konnten wir etlichen Flüchtlingen Monatskarten finanzieren und ihnen so den Besuch eines Deutschkurses bzw. in besonderen Notlagen regelmäßige Arzt- oder Krankenhausbesuche ermöglichen. Mit zweckgebundenen Spenden für Familienzusammenführung konnten wir einen Beitrag zur Wiedervereinigung von Flüchtlingsfamilien leisten. Für die Ausstellung und Begleitveranstaltungen zu Sinti und Roma im EineWeltHaus erhielten wir einen Zuschuss der Petra-Kelly-Stiftung.

Die Teilzeitstelle für die „save-me-Hotline“ wird zu 100 % von der Stadt München finanziert. Für den **Infobus** erhalten wir keine städtischen Gelder. Er lebt von Spenden, einem Zuschuss der UNO-Flüchtlingshilfe und einem Zuschuss des Europäischen Flüchtlingsfonds, um den wir jedes Jahr zittern müssen.

Allen Geldgebern und Spendern sei an dieser Stelle recht herzlich **gedankt!** Gedankt sei auch allen Ehrenamtlichen, denn ihre Arbeit macht den größten Teil unserer Eigenleistung aus und ist mit Geld nicht aufzuwiegen!

8. Statistik

Wie viele Menschen wir über unsere Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit erreichen, lässt sich zahlenmäßig nicht exakt erfassen. Nur bei der Langen Nacht der Museen haben wir mitgezählt: **760** BesucherInnen kamen zu „WALLS – eingesperrt? ausgesperrt?“

2011 erhielten wir **6755** E-Mails (ohne SPAM) und versandten **1852**.

Die MFR-**Stundenstatistik** (ohne die Projekte Infobus und save me) unterscheidet zwischen

- ehrenamtlich geleisteten Stunden des „Büroteams“ (Brigitte Jacobsen, Katharina Gierer, und Beata Miarecka sowie die unbezahlten Zusatzstunden von Monika Steinhauser) und
- bezahlten Stunden (Teilzeit-Geschäftsführerin Monika Steinhauser):

Nicht mitgezählt sind die eingebrachten Stunden von

- Initiativmitgliedern bei der Vorbereitung und Durchführung von Informationsständen
- den Ehrenamtlichen, die unseren Beitrag zur „Langen Nacht der Museen“ vorbereitet haben (unzählige Stunden...)
- unseren fleißigen PraktikantInnen
- die Stunden, die Schatzmeister Chris Schreiber in Überweisungen, Anträge und Abrechnungen investiert hat.

	Ehrenamtliche Arbeit	Bezahlte Stunden Geschäftsführerin
Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich Vorbereitung und Erstellung von Informationsmaterial	523	280
Vernetzung und Beratung von Initiativen und Einzelpersonen in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (einschl. Plenum und Protokoll)	852	311
Verwaltungsarbeiten (Adressenverwaltung, Ablage, Kontoführung, Einkäufe usw.)	179	51
Behördenkontakte	21	79
Sonstiges (Jahresbericht, Fortbildung, Fundraising etc.)	153	75
Insgesamt:	1728	796

9. Ausblick

Voraussichtliche Arbeitsschwerpunkte 2012:

- Verbesserung der Zustände in der Erstaufnahmeeinrichtung
- Kampagnen gegen das Asylbewerberleistungsgesetz
- Besserer Schutz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Verhinderung von radiologischen Untersuchungen zwecks Altersfestsetzung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.
- Schule und Ausbildung für alle jungen Flüchtlinge
- Kampagnen gegen Abschiebungen nach Afghanistan und Irak
- Familienzusammenführung für anerkannte Flüchtlinge
- Einsatz für die Umsetzung der Vorschriften der EU-Richtlinie hinsichtlich der Abschiebehaftbedingungen (und weiter für die Abschaffung der Abschiebehaft)
- Fortbildung für Ehrenamtliche
- Unterstützung von Flüchtlingen, die in Wohnungen ziehen durften, durch „FamilienpatInnen“
- Regelmäßige Teilnahme Deutschlands an UNHCR-Resettlement-Aktionen
- Flüchtlingsstatus für Resettlementflüchtlinge auch in Deutschland

„Die Menschenrechte kann man den Menschen gewiss nicht durch Bomben bringen. ... Demokratie und Menschenrechte können nur mit dem und durch den Willen der Menschen verwirklicht werden, nicht dagegen.“

*Schirin Ebadi
Iranische Juristin und
Friedensnobelpreisträgerin*